



04

*Schlaglichter
der Wirtschaftspolitik
April 2024
Monatsbericht*

11

Wie wirken sich der Klimawandel und veränderte Klimaschutz- und Klimaanpassungsbemühungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aus?

14

Neue Langfristszenarien für die Energiewende

19

Datenverknüpfung für Statistik und Forschung – ein Werkstattgespräch

**TRANSFORMATIONSSCHUB FÜR
DIE INDUSTRIE:
KLIMASCHUTZVERTRÄGE STARTEN
IN DIE ERSTE GEBOTSRUNDE**

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wirtschaftspolitik muss, will sie sich langfristig als erfolgreich erweisen, aktiv zur Transformation in Richtung Klimaneutralität beitragen. Die gute Nachricht ist: Werkzeuge dafür sind vorhanden – und sie können gleichzeitig den Industrie- und Innovationsstandort Deutschland stärken und Arbeitsplätze sichern. Ein Beispiel dafür ist das vom BMWK am 12. März 2024 nach intensiven Vorarbeiten gestartete Programm der Klimaschutzverträge.

Mit den Klimaschutzverträgen fördern wir moderne, klimafreundliche Industrieanlagen von morgen. Dadurch entstehen neue Technologien, Wertschöpfungsketten und Infrastrukturen. Das wird der deutschen Industrie dabei helfen, auf klimafreundliche Produktion umzuschalten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. Das Fördervolumen der ersten Gebotsrunde beläuft sich auf insgesamt vier Milliarden Euro. Wir setzen mit den Klimaschutzverträgen auch international neue Standards für eine effiziente und bürokratiearme Förderung – Deutschland ist weltweit das erste Land, das eine Förderung durch derartige Verträge auf den Weg gebracht hat. Das erste Gebotsverfahren zu den Klimaschutzverträgen sowie die Ziele und Hintergründe des Programms stehen im Fokus dieser Ausgabe und werden ausführlich vorgestellt.

Um die Auswirkungen klimabedingter Umweltveränderungen und Politikmaßnahmen noch besser zu verstehen, hat das BMWK außerdem ein Forschungsgutachten in Auftrag gegeben, das die Auswirkungen von Klimaschutz, Klima-



anpassung und Klimawandel auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Blick nimmt. Die Erkenntnisse der Studie sollen ermöglichen, Politik noch zielgerichteter zu gestalten. Klar ist auch, dass wir in Zukunft deutlich mehr grünen Strom zur Deckung unseres Energiebedarfs benötigen werden. Im Rahmen eines weiteren Forschungsvorhabens des BMWK wird anhand von Zukunftsszenarien untersucht, wie Deutschland das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 erreichen kann. Zu den beiden vorstehend beschriebenen Forschungsarbeiten erwarten Sie in dieser Ausgabe aufschlussreiche Berichte.

Dr. Robert Habeck

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Inhalt



DIE „SCHLAGLICHTER“ IM ABONNEMENT

Melden Sie sich für den Schlaglichter-Newsletter an und verpassen Sie keine Ausgabe mehr: schlaglichter/newsletter



MEHR IM WEB

Schlaglichter-Ausgaben online lesen: www.bmwk.de/schlaglichter

- 02 Editorial
- 04 Konjunkturschlaglicht
- 37 Impressum

Wirtschaftspolitik

- 07 Transformationsschub für die Industrie: Klimaschutzverträge starten in die erste Gebotsrunde
- 11 Wie wirken sich der Klimawandel und veränderte Klimaschutz- und Klimaanpassungsbemühungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aus?
- 14 Neue Langfristszenarien für die Energiewende
- 19 Datenverknüpfung für Statistik und Forschung – ein Werkstattgespräch
- 23 Termine

Konjunktur

- 25 Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im März 2024
- 32 BIP Nowcast für das erste Quartal 2024
- 34 Die wirtschaftliche Entwicklung im vierten Quartal 2023

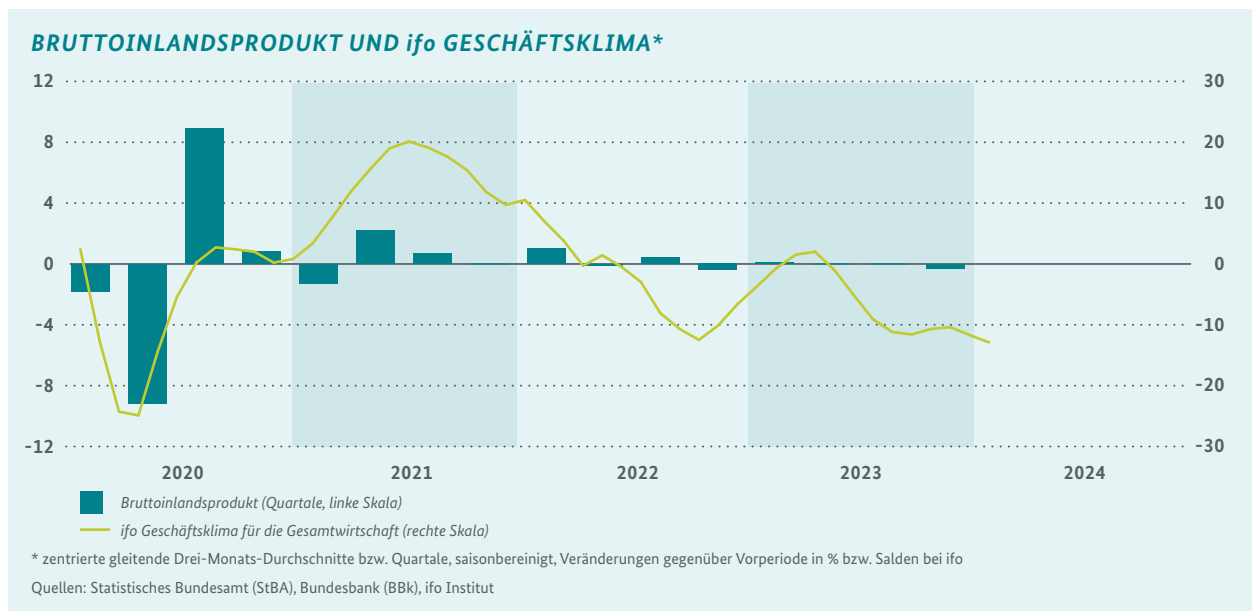
KONJUNKTURSCHLAGLICHT

März 2024

Noch keine Frühjahrsbelebung in Sicht



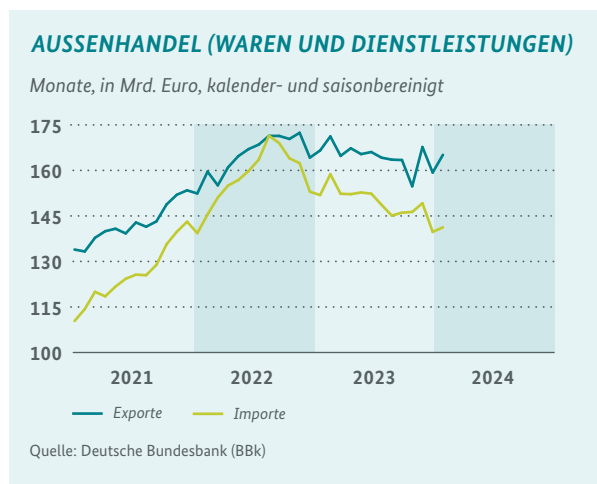
Gesamtwirtschaft



Deutsche Wirtschaft zu Jahresbeginn noch verhalten. Nachdem die Wirtschaftsleistung im Jahresendquartal 2023 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vorquartal gesunken war, ist die Stimmung in den Unternehmen und unter den Verbraucherinnen und Verbrauchern weiterhin gedämpft. Ein erneuter BIP-Rückgang im ersten Quartal dieses Jahres ist nicht auszuschließen. Im weiteren Jahresverlauf ist aber eine insbesondere binnenwirtschaftlich getragene Erholung zu erwarten.



Außenwirtschaft



Anzeichen einer Stabilisierung. Nach einem Rücksetzer im Dezember sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen im Januar spürbar um 3,7% gegenüber dem Vormonat gestiegen. Auch die nominalen Importe von Waren und Dienstleistungen haben sich zuletzt wieder erhöht (+1,1%). Frühindikatoren wie ifo Exporterwartungen, der RWI/ISL-Containerumschlag-Index oder der Kiel Trade Indicator sprechen für eine moderate Erholung der Exporte im weiteren Jahresverlauf.

LEGENDE

- Indikatoren in einem Teilbereich wachsen mehrheitlich überdurchschnittlich
- Indikatoren in einem Teilbereich entwickeln sich durchschnittlich bzw. gemischt
- Indikatoren in einem Teilbereich gehen mehrheitlich zurück

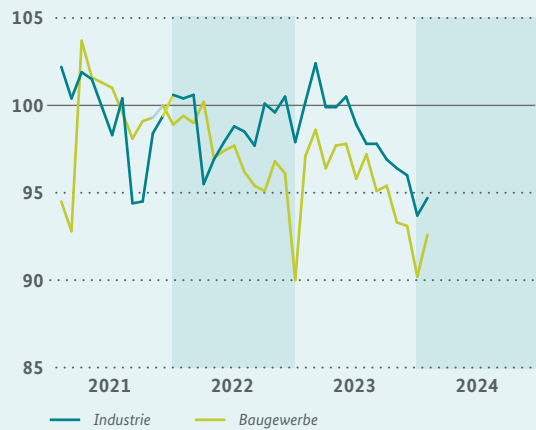
Nähere Informationen in Jung et al. (2019): „Das neue Konjunkturschlaglicht: Was steckt hinter den Pfeilen?“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik 01/2020



Produktion

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE

Monate, Volumenindex 2021 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Bundesbank (BBk)

Positiver Start ins Jahr 2024. Erstmals seit Mai 2023 verzeichnete die Industrie im Januar wieder einen Produktionsanstieg gegenüber dem Vormonat (+1,1%). Auch das Baugewerbe meldete infolge der milden Witterung einen deutlichen Anstieg (+2,7%). Im Bereich Energie gab es zuletzt eine Abnahme (-3,7%). Die Stimmungskennzeichen deuten auf eine Bodenbildung in der Industrie hin.



Privater Konsum

EINZELHANDEL OHNE KFZ

Monate, Volumenindex 2015 = 100, kalender- und saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)



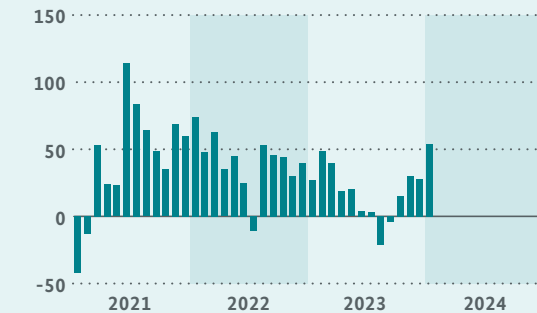
Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt trotz konjunktureller Schwäche weiterhin robust.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich nach wie vor zwiespältig: Die Arbeitslosigkeit stieg zwar im Februar saisonbereinigt (sb) um 11.000 Personen an, die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im Januar dennoch auch kräftig (sb +54.000 Personen). Einerseits halten die Arbeitgeber ihre Beschäftigten und das Risiko, arbeitslos zu werden, ist gering. Andererseits wird es für Arbeitslose schwieriger, eine Stelle zu finden.

ERWERBSTÄTIGE (INLAND)

Monate, saisonbereinigt, absolut (in 1.000), Veränderung zum Vormonat



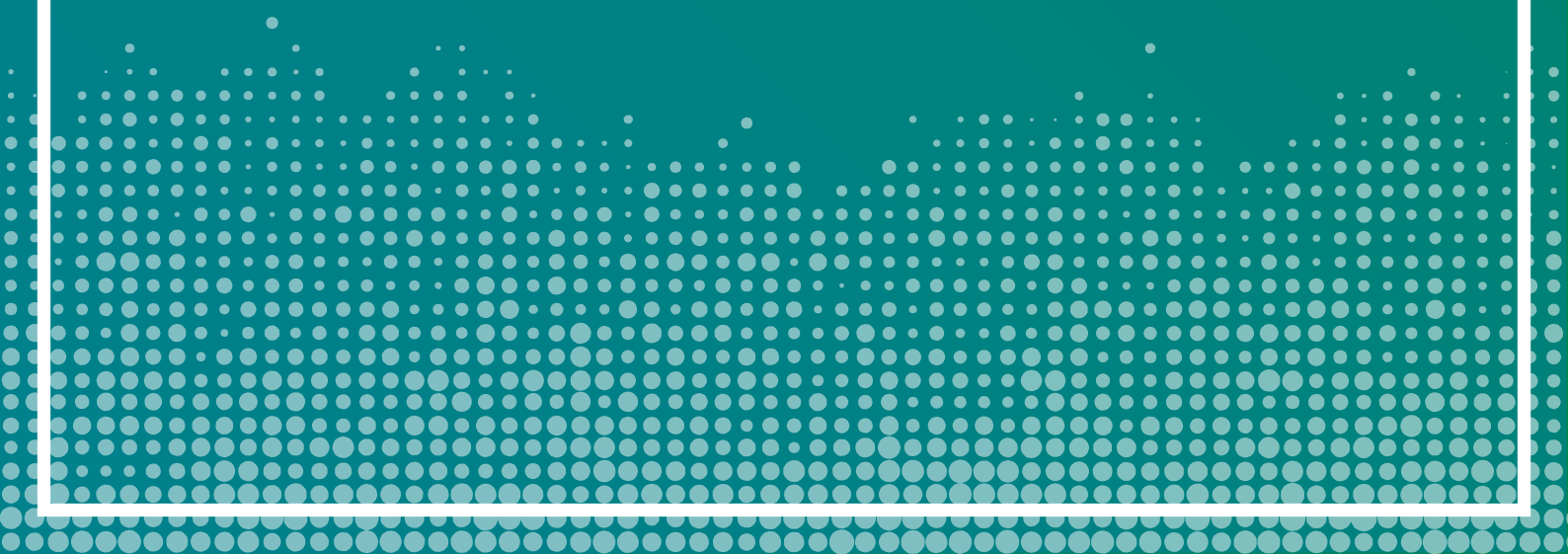
Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

Enttäuschender Jahresauftakt. Der reale Einzelhandelsumsatz ist im Januar um 0,4% gegenüber dem Vormonat gesunken, nachdem bereits das Weihnachtsgeschäft schwächer als üblich ausgefallen war. Angesichts der gedämpften Stimmung bei privaten Haushalten und Unternehmen ist eine Trendwende noch nicht in Sicht. Sie dürfte aber angesichts höherer Lohnabschlüsse und rückläufiger Inflation im Verlauf des Jahres eintreten.

WW



WIRTSCHAFTSPOLITIK





**Transformationsschub
für die Industrie:
Klimaschutzverträge
starten in die erste
Gebotsrunde**

Der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck verkündete am 12. März 2024 den Start der ersten Gebotsrunde der Klimaschutzverträge (engl. Carbon Contracts for Difference, CCfD). Zahlreiche Unternehmen der emissionsintensiven Industrie, die bereits im Sommer 2023 am vorbereitenden Verfahren teilgenommen haben, sind nun aufgefordert, ein Gebot abzugeben, um eine Förderung zu erhalten. Das Fördervolumen der ersten Gebotsrunde beträgt 4 Milliarden Euro. Weitere Gebotsrunden sollen folgen. Mit den Klimaschutzverträgen fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) moderne, klimafreundliche Industrieanlagen von morgen. Dadurch entstehen neue Technologien, Wertschöpfungsketten und Infrastrukturen. Das wird der deutschen Industrie Impulse geben, auf klimafreundliche Produktion umzuschalten und auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit auszubauen. So werden der Industrie- und Innovationsstandort Deutschland gestärkt und nachhaltige Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Das Konzept der Klimaschutzverträge wurde bereits in der [Ausgabe 07/2023](#) der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik ausführlich vorgestellt.

KLIMASCHUTZVERTRÄGE BIETEN SICHERHEIT FÜR DIE INDUSTRIE AUF DEM WEG ZU EINER KLIMANEUTRALEN PRODUKTION

Die Europäische Union will bis 2050, Deutschland bis 2045 Klimaneutralität erreichen. Dies stellt die emissionsintensive Industrie vor große Herausforderungen, schließlich ist der Industriesektor für rund ein Fünftel der in Deutschland ausgestoßenen CO₂-Emissionen verantwortlich. Eine Umstellung auf eine klimafreundliche Produktion ist zwar unausweichlich, allerdings zugleich für viele Unternehmen mit hohen Kosten und Preisrisiken verbunden. So ist bei-

spielsweise noch unklar, wie sich der Preis für Wasserstoff genau entwickeln wird. Daher meiden viele Industrieunternehmen diese Investitionen aktuell noch.

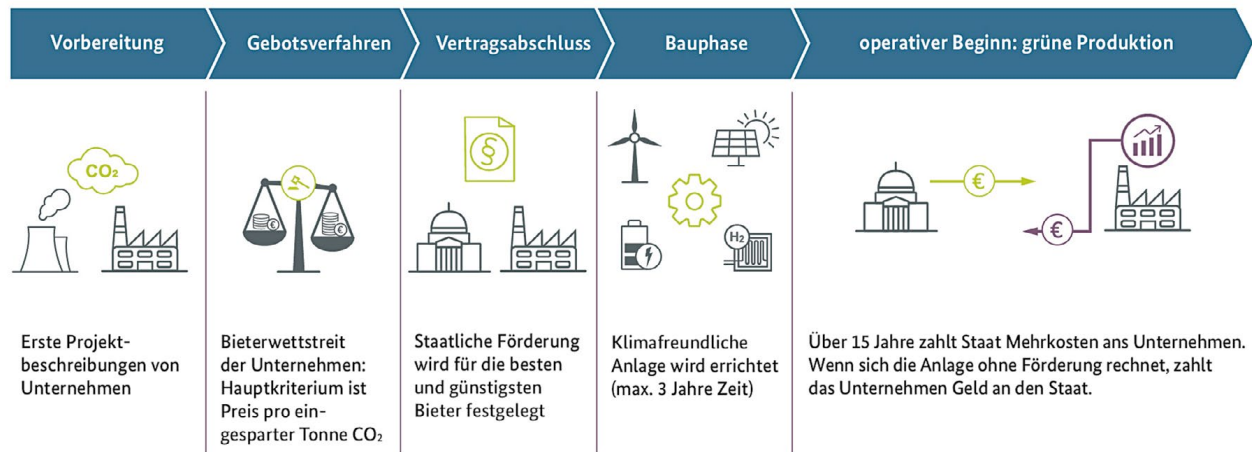
Um die Dekarbonisierung der Industrie dennoch voranzubringen, will das BMWK mit großen CO₂-Emittenten in der Industrie (z. B. aus der Papier, Glas-, Chemie- oder Stahlindustrie) so genannte Klimaschutzverträge schließen. Klimaschutzverträge reduzieren Preisrisiken und gleichen jene Mehrkosten aus, die Unternehmen aktuell noch von einer klimafreundlichen Produktion abhalten. Dafür werden sowohl Investitions- als auch Betriebskosten über einen Zeitraum von 15 Jahren gefördert.

ZWEI ZENTRALE EFFEKTE: UNMITTELBAR SIGNIFIKANTE TREIBHAUSGAS-REDUKTIONEN UND LANGFRISTIGE ENTWICKLUNG GRÜNER LEITMÄRKTE

Durch den Einsatz von Klimaschutzverträgen können zum einen unmittelbar große Mengen an Treibhausgasen vermieden werden. Insgesamt sollen über die Laufzeit des Förderprogramms bis 2045 Emissionen in Höhe von rund 350 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Dies entspricht Treibhausgas-Reduktionen von bis zu 20 Megatonnen im Jahr. Zum Vergleich: Das Sektorziel der Industrie insgesamt für das Jahr 2030 liegt bei knapp 60 Megatonnen. Zum anderen aber sollen die Klimaschutzverträge vor allem die dringend notwendige Markttransformation hin zu einer klimaneutralen Industrie anstoßen: Klimaschutzverträge setzen einen Anreiz, die erforderlichen neuen Technologien und dafür notwendige Infrastrukturen schon jetzt in Deutschland zu entwickeln und zu bauen, etwa Produktionsanlagen und Pipelines für Wasserstoff. Auch das Know-how in der Finanzierung, beim Bau und dem Betrieb von klimafreundlichen Anlagen



ANSATZ DER KLIMASCHUTZVERTRÄGE



Quelle: BMWK

wird entwickelt und schließlich werden neue Märkte für klimafreundliche Endprodukte (grüne Leitmärkte) entstehen. Dadurch sinken die Kosten für klimafreundliche Produktion, sodass sich diese mittel- und langfristig auch ohne staatliche Förderung rechnet. Deshalb kann der Förderzeitraum durch die Klimaschutzverträge begrenzt bleiben. Klimaschutzverträge können somit als ein Instrument betrachtet werden, welches die notwendige marktbasierende Transformation der Industrie entscheidend anstößt und in ihrer Anlaufphase absichert. Sie sichern somit die Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Innovationsstandorts Deutschland – die deutsche Industrie bleibt wettbewerbsfähig und nachhaltige Arbeitsplätze werden gesichert.

NEUARTIGES AUKTIONSVERFAHREN ALS EFFIZIENTER UND BÜROKRATIEARMER FÖRDERUNGSANSATZ

Das Förderprogramm ist darauf ausgelegt, eine staatliche Unterstützung von großen Industrieanlagen möglichst bürokratiearm, schnell und effizient zu ermöglichen. Dazu bedient es sich eines neuartigen Auktionsverfahrens: Unternehmen geben in einem Gebot ihren Finanzbedarf dafür an, eine Tonne CO₂ mit ihrer transformativen Technologie zu vermeiden. Dies setzt bereits einen Anreiz, günstig zu kalkulieren und auf besonders effiziente Technologien zu setzen. Diejenigen Unternehmen, denen dies am besten gelingt, erhalten den Zuschlag zum Abschluss eines Klimaschutzvertrages. Im Gegenzug entfallen die sonst üblichen Dokumentations- und Nachprüfpflichten, die zu einer hohen Belastung von Unternehmen und zu aufwändigen Bewilligungsverfahren führen. Wie das Gebotsverfahren in den Prozess zur Etablierung der Klimaschutzverträge eingebettet ist, zeigt die Abbildung oben.

KLIMASCHUTZVERTRÄGE SIND DER RISIKOABSICHERUNG IN DER PRIVATWIRTSCHAFT NACHEMPFUNDEN

Klimaschutzverträge sind Hedging-Verträgen in der Privatwirtschaft nachempfunden, welche als Risikoabsicherungsinstrumente dienen. Bislang nicht-kalkulierbare Preisrisiken werden über eine Vertragslösung abgesichert. Im Fall der Klimaschutzverträge wird den geförderten Unternehmen eine variable Förderung vom Staat gezahlt, deren Höhe sich nach den jeweiligen Mehrkosten der klimafreundlichen Anlage, welche im Rahmen des Gebotsverfahrens den Zuschlag erhalten hat, im Vergleich zu einer konventionellen Anlage bemisst. Sobald im Laufe der Zeit die klimafreundliche Produktion günstiger wird als die konventionelle, wird sich die Zahlung umkehren: Die geförderten Unternehmen zahlen sodann ihre Mehreinnahmen an den Staat. Wenn eine solche Zahlung geleistet wird, können die beiderseitigen Zahlungspflichten auf Antrag eines Unternehmens zum Ablauf von drei Jahren beendet werden. Klimaschutzverträge sind damit ein sehr effizientes Förderinstrument, das transformative Technologien kalkulierbar macht und gleichzeitig einen effizienten Einsatz von Steuermitteln sicherstellt sowie Marktverzerrungen vorbeugt.

INTERNATIONALE VORREITERROLLE DEUTSCHLANDS

Deutschland setzt weltweit und insbesondere auch als erster EU-Mitgliedstaat dieses neuartige und innovative Förderprogramm um. Das Programm hat zuvor erfolgreich das beihilferechtliche Genehmigungsverfahren der Europäischen Kommission durchlaufen. Dadurch nimmt Deutschland international eine Vorreiter-



rolle ein. Viele Staaten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union planen in nächster Zeit ähnliche Förderinstrumente.

AUSBLICK

Das am 12. März 2024 gestartete Gebotsverfahren dauert vier Monate an. Im Sommer 2024 wird es voraussichtlich ein zweites Vorverfahren mit einer weiteren Gebotsrunde am Ende dieses Jahres geben. Weitere Förderrunden sind geplant. Insgesamt hat das BMWK für das Förderprogramm Klimaschutzverträge einen zweistelligen Milliardenbetrag vorgesehen, um den Innovations- und Industriestandort Deutschland von morgen zu fördern. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IVE3 – Förderprogramme Dekarbonisierung der
Industrie, Klimaschutzverträge
schlaglichter@bmwk.bund.de

Aktuelle Informationen zum Förderprogramm:
www.klimaschutzvertraege.info

wovon der größte Teil in den schnelleren Ausbau erneuerbarer Energien fließt. Unter der Annahme, dass diese Investitionen ohne die klimapolitischen Anpassungen ausgeblieben wären und sie auch keine anderen Investitionen verdrängen, ergibt sich im Jahr 2030 ein real um mehr als ein Prozent höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP). Es wird unterstellt, dass die zusätzlichen Investitionen vollständig über den Kapitalmarkt finanziert werden, weshalb es auch nicht zu einem Anstieg der Sparquote beziehungsweise einem Rückgang des Konsums kommt. Im Gegenteil steigt der private Konsum sogar leicht an, da die privaten Haushalte aufgrund der höheren Wirtschaftsleistung über höhere Einkommen verfügen.

Die Importe fossiler Energieträger gehen aufgrund des schnelleren Ausbaus der erneuerbaren Energien zurück, während die Gesamtimporte etwa durch den Import von Investitionsgütern leicht ansteigen. Die Exporte gehen hingegen aufgrund gesamtwirtschaftlicher Preiseffekte sowie höherer CO₂-Preise im Klimaschutzszenario leicht zurück.

Die Beschäftigung entwickelt sich für das Jahr 2030 insgesamt positiv. Beschäftigungsaufwüchsen im Bausektor und bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sowie in geringerem Umfang auch im Verarbeitenden Gewerbe stehen geringfügige negative Beschäftigungseffekte im Bergbau, der Energieversorgung, sowie im (Einzel- und Groß-) Handel gegenüber. Preiseffekte sind mittelfristig im Baugewerbe zu beobachten, kurzfristig sind diese aber in den energieintensiven Bereichen (beispielsweise in der Chemie-

industrie oder der Herstellung von Glas & Keramik, Papier, Gummi- und Kunststoffwaren) aufgrund der gestiegenen CO₂-Preise stärker.

Entscheidend für die Ergebnisse ist letztlich, ob es gelingt, einen politischen Rahmen zu setzen, in dem diese öffentlichen und privaten Investitionen in Klimaschutzgüter wirksam angeregt und tatsächlich getätigt werden. Sollten diese Investitionen nicht zusätzlich erfolgen, sondern lediglich andere verdrängen, oder wenn diese aufgrund neuerer politischer Entwicklungen nicht oder in geringerem Ausmaß stattfinden, dann verringern sich die ermittelten positiven Effekte auf das BIP entsprechend. Der positive Zusammenhang zwischen Investitionen und Wirtschaftswachstum ist dabei nicht überraschend. Vielmehr handelt es sich um ein Standardergebnis nachfrageorientierter makroökonomischer Modellierung.

BEHANDLUNG VON KLIMASCHUTZ BEI DER PROJEKTGRUPPE GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE UND BEIM SACHVERSTÄNDIGENRAT

Bereits in der Vergangenheit hat die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen klimabedingten Umweltveränderungen, klimapolitischen Maßnahmen und dem Wirtschaftsgeschehen beleuchten lassen. So wurden bereits die Auswirkungen von Extremwetterereignissen auf die gesamtwirtschaftlichen Größen im Rahmen eines wissenschaftlichen Gutachtens von Prognos, dem Institut für ökologische Wirtschaftsforschung



(IÖW) und der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturssysteme (GWS) beleuchtet. Ebenfalls hat das Forschungsprojekt Gemeinschaftsdiagnose (GD) im Sonderthema des Herbstgutachtens 2023 die Auswirkungen des Klimaschutzes auf Basis eines angebotsorientierten Wachstumsmodells analysiert. Das Modell ist methodisch mit der Mittelfristprojektion der Bundesregierung vergleichbar.¹ Gleiches gilt für die Untersuchungen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) im aktuellen Jahresgutachten zu den Einflüssen der Dekarbonisierung auf das Potenzialwachstum.

Laut der Analyse der GD kann es im Zuge der Dekarbonisierung und der damit verbundenen notwendigen Reduktion des Verbrauchs fossiler Energieträger unter bestimmten Umständen zu einem negativen BIP-Effekt bis 2030 kommen. Allerdings zeigt die GD auch, dass ein beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien (unter der Annahme, dass die Klimaschutzziele 2030 erreicht werden) zu günstigeren gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen führt als ein Ausbau im historischen Ausbautempo. Eine Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote wirkt sich auch im Kontext der Energiewende positiv auf das Wirtschaftswachstum aus. Die Analyse der GD unterstreicht zudem, dass die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Dekarbonisierung zu einem wichtigen Teil davon abhängen, wie sehr fossile Energie durch andere Produktionsfaktoren ersetzt werden kann. Dazu gibt es aber noch zu wenig belastbare Informationen.

Auch der SVR Wirtschaft betont in seinem diesjährigen Jahresgutachten, dass höhere Investitionen einen wichtigen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung leisten. Szenarien zeigen, dass eine ambitionierte Klimapolitik gerade in Bezug auf energieintensive Branchen bei gegebenen Klimaschutzziele im Vergleich zu einer später erfolgenden Transformation zu positiven gesamtwirtschaftlichen Effekten führen kann. Die durch eine ambitionierte Klimapolitik angereizten frühzeitigen Investitionen in grüne Technologien führen dazu, dass fossil betriebene Anlagen am Ende ihrer Lebensdauer durch klimafreundliche ersetzt werden. Dies führe zu weniger vorzeitigen Abschreibungen (weniger „stranded assets“) und erzeuge somit geringere Transformationskosten. Zugleich weist der SVR auch auf die Risiken

von frühzeitigen ordnungsrechtlichen Betriebsverboten für Bestandsanlagen hin; diese könnten die Kosten der Transformation deutlich erhöhen.

INVESTITIONEN, EIN SCHNELLER AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN UND KLARE SIGNALE DER POLITIK ENTSCHEIDEND FÜR DIE GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Das BMWK erwartet auf der Grundlage dieser und weiterer Untersuchungen, dass zusätzliche Investitionen und ein schneller Ausbau erneuerbarer Energien im Kontext der Energiewende entscheidend für eine positive wirtschaftliche Entwicklung sein werden. Klare und verlässliche Signale der Politik im Hinblick auf den Fortgang der Dekarbonisierung sind dabei von zentraler Bedeutung. Die von der Bundesregierung flankierte Einigung auf EU-Ebene zur Weiterentwicklung der CO₂-Bepreisung ist diesbezüglich ein wichtiger Baustein, damit nicht aufgrund falscher (Preis-)Erwartungen in fossile Technologien investiert wird, die vor Ende ihrer eigentlichen Lebensdauer nicht mehr genutzt werden oder sich im Betrieb langfristig als deutlich teurer herausstellen können. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IC3 – Wachstum, Demografie, Wirtschaftsstatistik
schlaglichter@bmwk.bund.de

Christian Lutz, Lisa Becker, Andreas Kemmler (2024):
 Auswirkungen der veränderten Klimaschutzbemühungen der vergangenen Jahre in Deutschland und Europa auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Kurzbericht im Rahmen eines Forschungsauftrags des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, GWS Research Report (in Kürze verfügbar)

Gutachten von Prognos, IÖW und GWS (2023) im Auftrag von BMWK und BMUV: Bezifferung von Klimafolgekosten in Deutschland

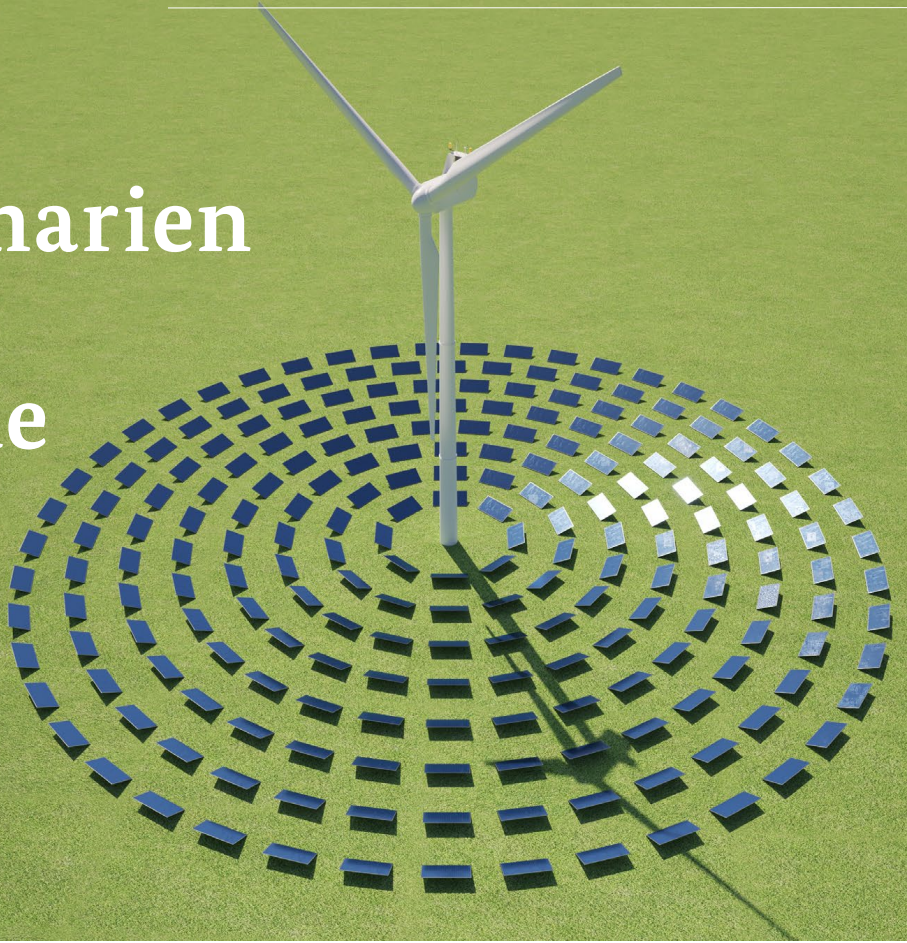
Gemeinschaftsdiagnose aus dem Jahr 2023

Gemeinschaftsdiagnose aus dem Jahr 2022

Jahresgutachten 2023 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (vor allem zweites Kapitel)

¹ Vgl. Schlaglichter der Wirtschaftspolitik (08/2022) „Quo vadis, Potenzialschätzung?“

Neue Langfristszenarien für die Energiewende



Deutschland hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. In der Europäischen Union (EU) soll dieses Ziel bis 2050 erreicht werden. Flankierend gibt es auf nationaler und europäischer Ebene eine Reihe von ergänzenden Zielen, beispielsweise für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Diese Ziele erfordern einen grundlegenden Umbau des Energiesystems (Strom, Wärme, Verkehr), der nahezu alle Bereiche der Volkswirtschaft betrifft. Denn um die Energiewende erfolgreich zu meistern, müssen letztendlich sowohl private Haushalte als auch Unternehmen und die öffentliche Hand in Zukunft ihre Energien aus nachhaltigen Quellen beziehen, d. h. im Kern aus erneuerbaren Energien. In dem Forschungsvorhaben „Langfristszenarien für die Transformation des Energiesystems in Deutschland“ lässt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) untersuchen, wie Deutschland seine Klima- und Energieziele erreichen kann. Das Vorhaben wird von einem Konsortium um das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) und das Beratungsunternehmen Consentec bearbeitet.

In den neu vorgestellten Szenarien haben sich viele Erkenntnisse aus den bisherigen Szenarien einmal mehr als robust erwiesen. Dazu gehören der Bedarf an einem starken Ausbau der Stromnetze sowohl auf Übertragungs- als auch auf Verteilnetzebene, der Aufbau eines Wasserstoffnetzes, die hohe Bedeutung von Elektrolyse, pipelinegebundenen Wasserstoffimporten, Wasserstoffspeichern und Wasser-

stoffkraftwerken sowie Großwärmepumpen und Wärmespeichern in Wärmenetzen. Weiterhin zeigen die neuen Szenarien, dass sich ein Photovoltaik (PV)-Ausbau über die bereits sehr ambitionierten Ziele des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hinaus zunehmend schwer integrieren ließe – von der zusätzlichen Stromerzeugung könnte ein erheblicher Teil nicht genutzt und müsste abgeregelt werden. Batterien könnten dies zwar ein Stück weit abfedern, den hohen Umfang des abgeregelt PV-Stroms aber nur begrenzt verringern. Zwar reduziert die Kombination aus hohem Ausbau von PV und Batterien den Ausbaubedarf im Übertragungsnetz, jedoch ist dieser Effekt begrenzt und wird unter Kostengesichtspunkten durch den spürbar höheren Ausbaubedarf in den Verteilnetzen überkompensiert. Letztlich ist ein ausgewogener Mix an Erzeugungstechnologien für ein effizientes Gesamtsystem von hoher Bedeutung.

PHILOSOPHIE DER BMWK-LANGFRISTSZENARIOEN

Vorweg ist festzuhalten: Niemand kann über einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren eine Entwicklung verlässlich prognostizieren, da diese mit hohen Unsicherheiten behaftet sind. Beispielsweise lassen sich technologische Entwicklungen nur begrenzt abschätzen. Aber auch ökonomische, politische oder gesellschaftliche Entwicklungen können die Rahmenbedingungen stark verändern. So konnten frühere Szenarien den Ausstieg



aus dem Bezug von russischem Erdgas nicht voraussehen. Perspektivisch bestehen große Unsicherheiten, z. B. in Bezug auf die Frage, wann welche Mengen an Wasserstoff zu welchen Preisen verfügbar sein werden.

Vor diesem Hintergrund streben die BMWK-Langfristszenarien nicht an, im Sinne eines Leitszenarios die „richtige“ oder vermeintlich wahrscheinlichste Entwicklung in die Zukunft zu prognostizieren. Vielmehr verfolgen sie den Ansatz, verschiedene denkbare Entwicklungspfade aufzuzeigen, mit denen die Klimaziele erreicht werden können. So ist grundsätzlich eine klimaneutrale Welt denkbar, die stark auf Elektrifizierung setzt, also z. B. Elektromobilität und Wärmepumpen. Alternativ lässt sich Klimaneutralität aber auch mit einer stärkeren Nutzung von Wasserstoff erreichen. Auch bei den erneuerbaren Energien sind unterschiedliche Entwicklungen denkbar, z. B. mehr Strom aus Photovoltaik oder mehr Strom aus Wind. In diesem Sinne werden in den Langfristszenarien verschiedene mögliche Entwicklungspfade modelliert. Dabei erfolgt eine „techno-ökonomische“ Optimierung: Die eingesetzten Modelle ermitteln unter den jeweils vorgegebenen Rahmenbedingungen und getroffenen Annahmen den aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kostengünstigsten Entwicklungspfad. Vergleicht man die so ermittelten Entwicklungspfade miteinander, so lassen sich Schlussfolgerungen daraus ziehen, welche Entwicklungen „robust“ sind. Beispielsweise erhält man auf diese Weise ein besseres Bild davon, wie stark die Stromnetze ausgebaut werden müssen oder wie viel Wasserstoff künftig benötigt wird.

KOMPLEXER MODELLVERBUND

In den BMWK-Langfristszenarien werden alle Bereiche des Energiesystems untersucht. Dies umfasst zum einen die Energienachfrage u. a. in den Sektoren Industrie, Gebäude und Verkehr sowie in den privaten Haushalten. Zum anderen wird das Energieangebot stundenscharf für ganz Europa modelliert und kostenoptimiert. Eine stundenscharfe Modellierung ist vor allem deshalb wichtig, weil die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sehr stark schwankt. Zum Energieangebot gehören neben dem Stromsektor auch die Wärmebereitstellung in den Wärmenetzen und die Bereitstellung von Wasserstoff und synthetischen Energieträgern. Zudem werden im Gegensatz zu vielen anderen Gesamtsystemstudien auch Strom-, Gas- und Wasserstoffnetze modelliert, d. h. die Modelle ermitteln unter den jeweiligen Rahmenbedingungen (z. B. stärkerer Ausbau der Photovoltaik oder stärkerer Ausbau der Windenergie) den jeweiligen Netzausbaubedarf. Diese Untersuchung der Auswirkungen verschiedener Entwicklungspfade auf die Energieinfrastrukturen bildet einen Schwerpunkt der Langfristszenarien.

NEUE LANGFRISTSZENARIOEN

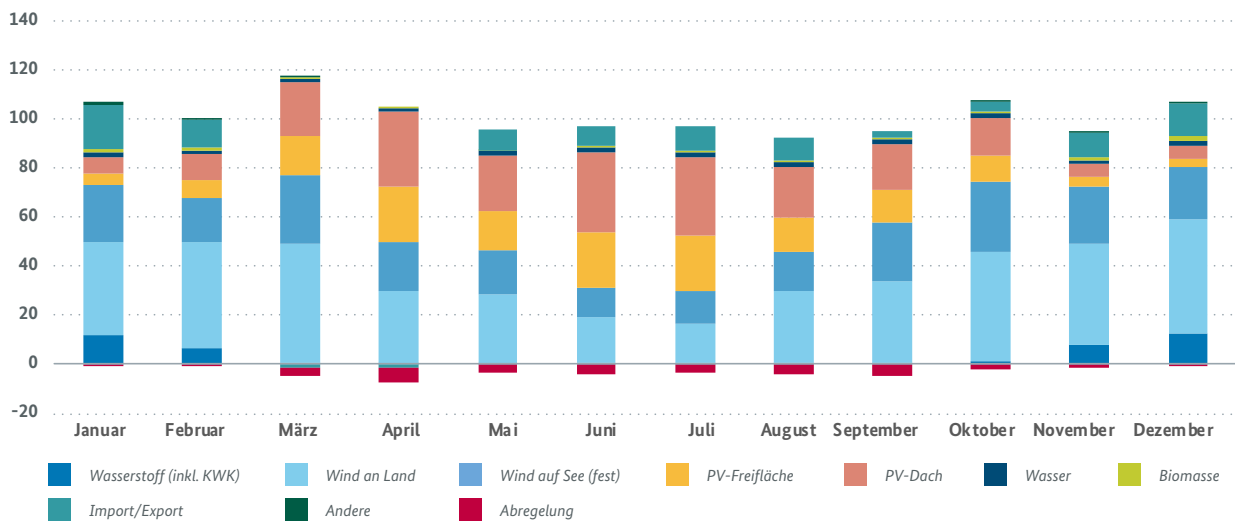
Am 15. Februar 2024 wurden vier neue Szenarien vorgestellt, welche die Erkenntnisse, die sich aus den bisherigen Szenarien ergeben, weiter verbessern:

- ein Szenario, in dem Klimaneutralität im Jahr 2045 durch eine starke direkte Nutzung von erneuerbarem Strom erreicht wird, das so genannte Szenario T45-Strom*; gegenüber dem früheren Szenario T45-Strom wurden hier diverse Verbesserungen und Aktualisierungen in den Modellen implementiert, beispielsweise eine stärkere Berücksichtigung der Rückspeisung von Strom aus Batterien in E-Fahrzeugen ins Stromnetz („vehicle-to-grid“) oder eine Aktualisierung der Anlagenhöhe und des Rotordurchmessers von Windenergieanlagen;
- ein Szenario, in dem im Vergleich zu T45-Strom* ein extrem hoher Ausbau der Photovoltaik unterstellt wird (Szenario T45-PV+)
- sowie darauf aufbauend ein Szenario mit hohem Zubau von Batteriespeichern (Szenario T45-Dezentral);
- ein Szenario, in dem im Vergleich zu T45-Strom* ein deutlich geringerer Ausbau von Wasserstoffspeichern angenommen wird (T45-RedH2SP).

Die Ergebnisse der Modellierung im Szenario T45-Strom* unterscheiden sich nur begrenzt von den Ergebnissen im Szenario T45-Strom. Beispielsweise ergibt sich ein etwas geringerer Ausbaubedarf der Stromnetze sowohl auf der Ebene der Übertragungsnetze als auch bei den Verteilnetzen. Auch der Ausbau der Photovoltaik (PV) fällt etwas geringer aus. Statt 428 Gigawatt (GW) im Szenario T45-Strom sind es im Szenario T45-Strom* „nur“ 400 GW. Im Gegenzug wird aufgrund der aktualisierten Konfiguration bei Windenergieanlagen bei gleicher installierter Leistung mehr Strom aus Wind erzeugt. Im Wärmebereich bestätigt das Szenario T45-Strom* die hohe Bedeutung von Großwärmepumpen und Wärmespeichern in Wärmenetzen, die zunehmend Strom aus erneuerbaren Energien nutzen.

Wichtig für das Verständnis des Gesamtsystems ist der Blick auf die saisonalen Schwankungen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien: Im Sommer wird viel Strom aus Photovoltaik erzeugt, im Winter dominiert die Windenergie. Dabei wird es zunehmend Phasen geben, in denen so viel Strom erzeugt wird, beispielsweise PV-Strom an sonnigen Sommertagen, dass dieser die Nachfrage deutlich übersteigt. Schon heute wird in solchen Phasen Strom exportiert oder abgeregelt, d. h. er



ABBILDUNG 1: SAISONALE SCHWANKUNGEN IN DER STROMERZEUGUNG AUF LANGE SICHT (2045)


Quelle: Fraunhofer ISI, www.langfristszenarien.de; siehe S. 16 in der folgenden Präsentation: www.langfristszenarien.de/enertile-explorer-wAssets/docs/LFS3_T45_Webinar_Feb_2024_Dezentral_final_presented.pdf

wird gar nicht ins Netz eingespeist, bleibt also ungenutzt. Daher ist eine hohe Flexibilität im System wichtig, um solche Abregelungen möglichst gering zu halten. Beispielsweise können Elektrolyseure bei hoher Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien Wasserstoff erzeugen, der gespeichert und im Winter bei geringer PV-Einspeisung zur Deckung des dann höheren Bedarfs (Wärmepumpen) wieder verstromt werden kann. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Option kann eine hohe PV-Einspeisung unter Umständen nicht vollständig genutzt und muss dann abgeregelt werden. Dies wird in der Abbildung 1 deutlich, die zeigt, dass in den Monaten mit hoher PV-Stromerzeugung Abregelungen erforderlich sind (rote Fläche unterhalb der Nulllinie).

DEZENTRALITÄTS-SZENARIEN

Schwerpunkt der neu vorgestellten Szenarien waren die Auswirkungen eines extrem hohen Ausbaus der Photovoltaik (Szenario T45-PV+) sowie darauf aufbauend eines hohen Zubaus von Batteriespeichern (Szenario T45-Dezentral). Zur Einordnung der Ergebnisse ist es wichtig festzuhalten, dass das Ausgangsszenario T45-Strom* bereits einen sehr hohen PV-Ausbau beinhaltet. Dort sind die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgelegten Ausbauziele dem Modell als Mindestausbau vorgegeben, also z.B. eine installierte Leistung von 400 Gigawatt (GW) PV bis zum Jahr 2040. Im Szenario T45-PV+ wird dem Modell ab 2030 ein jährlicher PV-Zubau von 30 GW vorgegeben. Daraus ergibt sich

im Jahr 2045 eine installierte PV-Kapazität von 693 GW. Auch im europäischen Ausland wird ein entsprechend erhöhter PV-Zubau vorgegeben. Im Gegenzug wird der dem Modell vorgegebene Mindestausbau bei Wind an Land reduziert, in Deutschland von 160 GW gemäß EEG auf 128 GW. Das Modell hat zwar die Möglichkeit, über diesen Mindestausbau hinauszugehen, nutzt diese Möglichkeit aber aufgrund der sehr hohen PV-Strommengen nicht.

Im Szenario T45-Dezentral wird dem Modell zusätzlich zu diesem extremen PV-Ausbau ein hoher Ausbau von stationären Batterien sowie eine stärkere Nutzung der Rückspeisung von Strom aus Batterien von E-Fahrzeugen („vehicle-to-grid“) vorgegeben. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der derzeit zu beobachtende starke Ausbau von PV-Heimspeichern in den Langfristszenarien ohne entsprechende Vorgabe nicht abgebildet wird. Grund dafür ist der Ansatz der gesamtwirtschaftlichen Optimierung: PV-Heimspeicher können privatwirtschaftlich interessant sein, weil man damit höhere Anteile des selbst erzeugten PV-Stroms nutzen kann und dafür den kompletten Strompreis einschließlich Netzentgelten und Mehrwertsteuer spart. Diese private Ersparnis schlägt sich auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene aber nicht nieder. Das Modell wählt daher andere Flexibilitätsoptionen, die aus Systemsicht günstiger sind.



AUSWIRKUNGEN DER SZENARIEN T45-PV+ UND T45-DEZENTRAL AUF DAS GESAMTSYSTEM

Wie wirken sich der starke Ausbau von PV beziehungsweise Batteriespeichern nun im Gesamtsystem aus? Das ist die Kernfrage, um die es bei diesen beiden Szenarien ging.

- Im Ergebnis führt der extrem hohe PV-Ausbau im Szenario T45-PV+ zu einem starken Anstieg der Stromerzeugung. Allerdings kann ein erheblicher Teil des zusätzlich erzeugten Stroms nicht genutzt werden. Die abgeregelten Strommengen steigen deutlich auf rund 200 TWh (siehe Abbildung 2, Fläche unterhalb der Nulllinie in der zweiten Säule), weil diese hohe PV-Stromerzeugung in vielen Phasen weder im Inland verbraucht oder gespeichert noch exportiert werden kann.
- Wird zusätzlich auch die Flexibilität im System erhöht, wie im Szenario T45-Dezentral durch starken Ausbau von Batteriespeichern, gelingt die Integration der hohen PV-Stromerzeugung zwar besser, auch hier werden aber noch gut 100 TWh abgeregelt (siehe Abbildung 2, Fläche unterhalb der Nulllinie in der dritten Säule).
- Positiv wirkt sich die Kombination aus starkem Ausbau von PV und Batteriespeichern im Szenario Bedarf an Strom aus Wasserkraftwerken aus, der gegenüber dem Szenario T45-Strom* um ein Drittel sinkt.
- Der Ausbaubedarf im Übertragungsnetz ist im Szenario T45-PV+ gegenüber T45-Strom* nahezu unverändert, im Szenario T45-Dezentral geht er um etwa 10 Prozent zurück, bleibt damit aber hoch. Ein starker Ausbau der

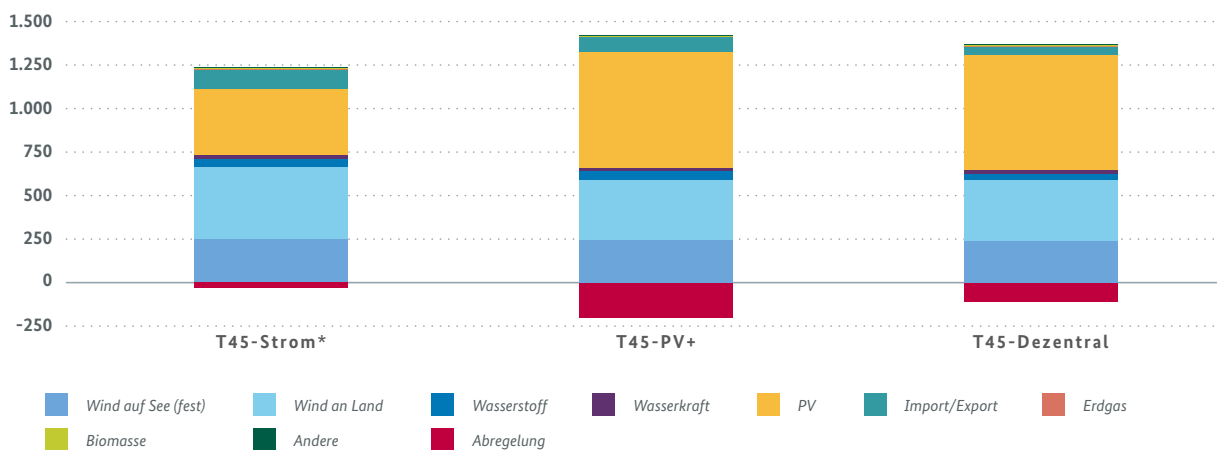
Übertragungsnetze ist also auch in diesen Szenarien erforderlich.

- Signifikant höher ist im Szenario T45-PV+ der Ausbaubedarf in den Verteilnetzen.
- Insgesamt weist das Szenario T45-Dezentral jährliche Systemkosten aus, die um 18 Milliarden Euro über den Kosten des Szenarios T45-Strom* liegen, beim Szenario PV+ sind es 11 Milliarden Euro Mehrkosten pro Jahr. Beide Szenarien führen also im Vergleich zum Szenario T45-Strom* zu erheblichen Mehrkosten im Gesamtsystem.

BEDEUTUNG VON WASSERSTOFFSPEICHERN – SZENARIO T45-REDH2SP

Wasserstoffspeicher können insbesondere im Sommer Überschüsse in der Stromerzeugung nach erfolgter Umwandlung des Stroms in Wasserstoff (Elektrolyse) aufnehmen und so wichtige Beiträge zur Stromversorgung im Winter leisten (Verstromung des gespeicherten Stroms in Wasserkraftwerken), wenn der Strombedarf hoch (z. B. wegen der Wärmepumpen) und die Stromerzeugung aus PV gering ist (siehe Abbildung 1). Darüber hinaus tragen Wasserstoffspeicher auch zur Versorgungssicherheit bei etwaigen Ausfällen von Wasserstoffimporten bei. Denn ein erheblicher Teil des künftigen Wasserstoffbedarfs wird Deutschland – wegen der begrenzten inländischen Potenziale zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren und zur Wasserstoffspeicherung, aber auch aus Kostengründen – importieren müssen.

ABBILDUNG 2: AUSWIRKUNGEN DER SZENARIEN T45-PV+ UND T45-DEZENTRAL AUF DIE STROMERZEUGUNG



Quelle: Fraunhofer ISI, www.langfristszenarien.de; siehe S. 30 in der folgenden Präsentation: www.langfristszenarien.de/enertile-explorer-wAssets/docs/LFS3_T45_Webinar_Feb_2024_Dezentral_final_presented.pdf

Die Langfristszenarien zeigen auf lange Sicht einen Bedarf von 70 bis 100 TWh an Wasserstoffspeichern auf. In einem neuen Szenario T45-RedH2SP wurde nun analysiert, wie das Ziel der Klimaneutralität auch bei einem geringeren Ausbau von Wasserstoffspeichern erreicht werden kann. Dazu wurde das Wasserstoff-Speichervolumen in Deutschland und Europa auf die bereits vorhandenen Erdgas-Kavernenspeicher begrenzt, was in Deutschland einem Wasserstoffvolumen von 31 TWh entspricht. Im Ergebnis fehlen durch diese Begrenzung erhebliche Mengen an Wasserstoff im Winter, die dann in dem Szenario zu temporär hohen Wasserstoffimporten aus dem außereuropäischen Ausland per Schiff führen. Im Sommer besteht dagegen an solchen Importen kein Bedarf. Dies bedeutet, dass die Speicherfunktion in diesem Szenario faktisch ins Ausland verlagert wird. Im Ergebnis unterstreicht das Szenario die hohe Bedeutung von Wasserstoffspeichern in einer Energieversorgung, die stark auf fluktuierende Energieträger setzt. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: KA3 – Ökonomische Fragen von Klimaschutz und
Energiewende

schlaglichter@bmwk.bund.de

Langfristszenarien für die Transformation des Energiesystems
in Deutschland:

www.langfristszenarien.de



Datenverknüpfung für Statistik und Forschung – ein Werkstattgespräch

Am 15. Februar hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ein Werkstattgespräch zum Thema Verknüpfung von (Personen-)Daten für Statistik und Forschung durchgeführt. Ziel war es, im Kontext der Erarbeitung des Forschungsdatengesetzes, für das Thema fehlende Möglichkeiten der Datenverknüpfung zu sensibilisieren. Die Verknüpfung von Daten ist einerseits häufig Voraussetzung dafür, gute Politikberatung und Forschungsergebnisse zu erzielen. Andererseits lassen sich Statistiken durch Datenverknüpfungen belastungsärmer erheben oder werden hierdurch überhaupt erst ermöglicht.

Das Gespräch fand im Kontext der Arbeiten der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Bessere Wirtschaftsstatistik und erleichterter Datenzugang für die Wissenschaft“ statt. Die Arbeitsgruppe aus BMBF, BMF, BMI, StBA und BMWK hatte sich vor rund zwei Jahren auf ein Eckpunktepapier verständigt, welches zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Wirtschaftsstatistik und des Datenzugangs für die Forschung enthielt. Auch das Thema Verknüpfung von (Personen-)Daten für Statistik und Forschung wurde darin aufgegriffen. Mit den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags

zur 20. Legislaturperiode, insbesondere zum Forschungsdatengesetz (FDG), sollen auch die Forderungen des Eckpunktepapiers umgesetzt werden. Darauf hatte sich Bundesminister Habeck (BMWK) mit den Bundesministerinnen Faeser (BMI) und Stark-Watzinger (BMBF) verständigt.

Am Werkstattgespräch nahmen zahlreiche Sachverständige aus Wissenschaft und einschlägigen Institutionen und Gremien mit aktiven Beiträgen teil (siehe weiter unten). Zusätzlich waren der Vorsitzende der Monopolkommission Prof. Jürgen Kühling und Prof. Simon Jäger vom MIT als Sachverständige eingeladen. Außerdem waren Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Bundesministerien (darunter BKAm, BMF, BMI, BMJ, BMAS, BMG und andere), des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) und des Statistischen Bundesamts (StBA) anwesend.

Die Teilnehmenden diskutierten Best Practices sowie Herausforderungen und Verbesserungsvorschläge bei der Datenverknüpfung. Alle Vortragenden hoben hervor, dass fehlende Verknüpfungsmöglichkeiten bei (Personen-)Daten erfolgversprechende Forschungsarbeiten behinderten. Wichtige wirtschaftspolitische Fragen in Deutschland könnten ohne Datenverknüpfung




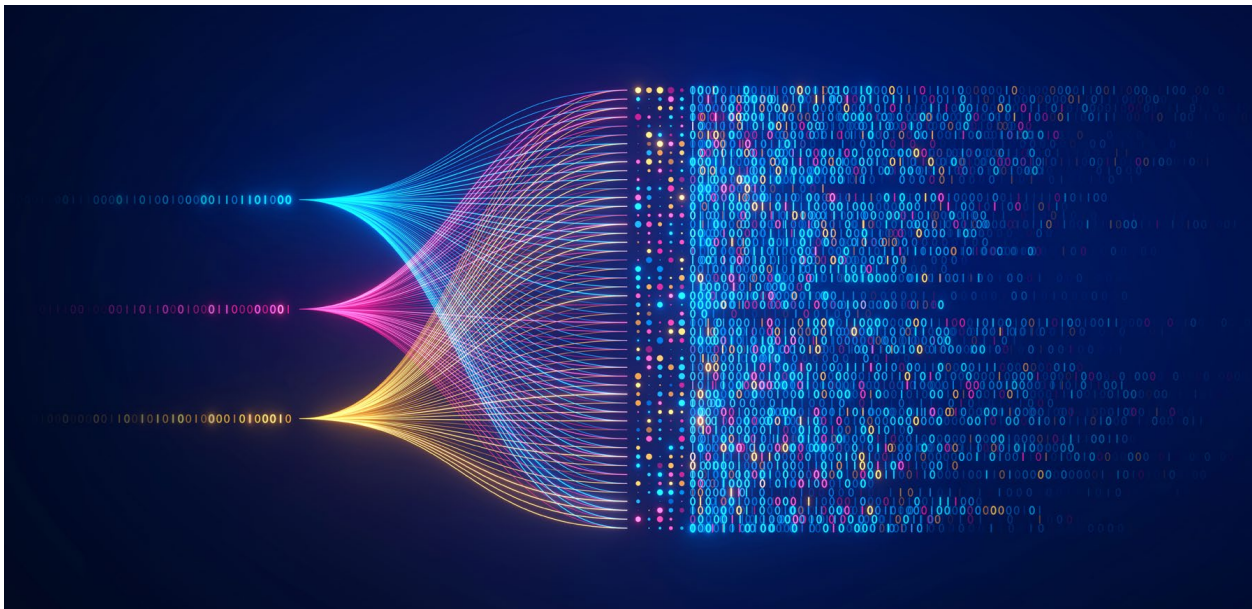
oft nicht evidenzbasiert beantwortet werden. Außerdem würden die Weiterentwicklung und Durchführung von Statistiken erschwert oder unmöglich gemacht. Deutschland habe teilweise ideale (Verwaltungs-)Daten, die aber aufgrund von Restriktionen häufig nicht genutzt oder mit anderen Daten sinnvoll verknüpft werden könnten. In der Folge würden manche Projekte gar nicht, nicht vollständig oder mit ausländischen Daten, zum Beispiel aus skandinavischen Ländern, Österreich, den Niederlanden oder Portugal durchgeführt. Insoweit existierten für die Forschenden in begrenztem Umfang Ausweichmöglichkeiten. Allerdings sei die Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse auf Deutschland häufig nicht gegeben, so dass die benötigte wirtschaftspolitische Evidenz für Deutschland dann nicht vorhanden sei.

DIE POSITIONEN WICHTIGER STAKEHOLDER

Dr. Ruth Brand, Präsidentin des Statistischen Bundesamtes (StBA), zeigte sich überzeugt, dass eine Erweiterung der Verknüpfungsmöglichkeiten zu besseren Ergebnissen sowie einer belastungsärmeren und effizienteren Statistikproduktion führen würde und dass damit neue Daten für die Forschung gewonnen und die amtliche Statistik weiterentwickelt werden könnten. Zudem sei ein gesetzlich festgeschriebener Forschungsauftrag für das Statistische Bundesamt (StBA) ein wichtiger Schritt, um das StBA stärker für die Wissenschaft zu öffnen. Der Datenzugang für die Forschung solle durch ein beim Statistischen Bundesamt angesiedeltes German Micro Data Center verbessert werden. Dort könnten Daten der amtlichen Statistik unter sicheren Bedingungen mit Daten anderer Anbieter verknüpft werden – mit dem Ziel, einen vereinfachten Datenzugang für die Wissenschaft und verbesserte datenbasierte Forschung zu ermöglichen.

Frau Prof. Riphahn, Vorsitzende des Vereins für Socialpolitik (VfS), berichtete über die Ergebnisse einer Mitgliederbefragung des VfS, die die Unzufriedenheit der Befragten mit der Datensituation in Deutschland verdeutlicht. Nach Ansicht der Befragten leide unter der unzureichenden Datensituation auch die Politikberatung. Frau Riphahn berichtete von politikrelevanten Forschungsprojekten in den Niederlanden, Schweden, Frankreich und Dänemark, die in Deutschland aufgrund fehlender Verknüpfungsmöglichkeiten nicht umsetzbar seien. In Österreich, den Niederlanden, Frankreich, Luxemburg, der Schweiz und Dänemark seien die vorhandenen Möglichkeiten zur Datenverknüpfung hingegen vorbildlich, obwohl fast alle der genannten Länder auch der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und somit demselben europäischen Datenschutzrahmen wie Deutschland unterlägen. Laut Prof. Riphahn würde die DSGVO in Deutschland häufig zu restriktiv ausgelegt. Sie argumentierte, dass Gesetzesänderungen benötigt würden, die Verknüpfungen beispielsweise in einem German Micro Data Center (GMDC) als Datentreuhänder ermöglichen. Zudem bedürfe es eindeutiger Identifikatoren, der Datenschutz des Bundes und der Bundesländer solle harmonisiert werden und es solle eine Datenzulieferungspflicht öffentlicher Stellen an das GMDC geben.

Frau Prof. Schneider argumentierte als stellvertretende Vorsitzende des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), der insgesamt 42 akkreditierte Forschungsdatenzentren (FDZ) in Deutschland betreut, dass Deutschland über ein Netz hervorragender FDZ verfüge, diese aber aufgrund rechtlicher Beschränkungen häufig nicht miteinander verbunden werden könnten. Die Kernforderung des RatSWD zum Forschungsdatengesetz laute daher, diese „Datensilos“ über zusätzliche Verknüpfungsmöglichkeiten zu überbrücken. 





fungsmöglichkeiten zu einer Datenlandschaft zu verbinden. Frau Schneider bemängelte außerdem fehlende Remote-Access-Möglichkeiten (Datenfernverarbeitung über sichere Verbindungen), Datenlücken, etwa in den Bereichen Bildung und Gesundheit, fehlende Identifikatoren und zu restriktive Löschpflichten.

Herr Dr. Garnadt, Generalsekretär des Sachverständigenrats Wirtschaft (SVR), erläuterte die Sicht des SVR, der dieses Jahr dem Thema Forschungsdateninfrastruktur ein eigenes Kapitel im Jahresgutachten gewidmet hat. Als Gründe für fehlende Verknüpfungsmöglichkeiten nannte Herr Garnadt unter anderem das Bundesstatistikgesetz, welches zwar die Verknüpfung von Unternehmensdaten zwischen dem Statistischen Verbund und der Deutschen Bundesbank in Einzelfällen ermögliche, nicht aber die Verknüpfung mit den Betriebs- oder Beschäftigtendaten der Bundesagentur für Arbeit. Dabei könnten Erhebungsaufwände auf Seiten der Statistik und der Befragten reduziert werden, wenn Verknüpfungen ermöglicht würden. Zugleich würden Analyse-möglichkeiten hierdurch erheblich erweitert. Als konkrete Beispiele führte Garnadt die Mindestlohnevaluation und die Messung der Auswirkungen der aktuellen geopolitischen Spannungen auf Unternehmen und Beschäftigte an.

FALLBEISPIELE AUS DER FORSCHUNG

Herr Prof. Peichl, Leiter des Forschungszentrums Makroökonomik und Befragungen des ifo Instituts, berichtete über das 2023 gegründete Netzwerk für empirische Steuerforschung (NeSt), das seine Aufgaben nur mit zusätzlichen Verknüpfungsmöglichkeiten überzeugend erfüllen könne.

Herr Peichl nannte Verknüpfungen, die für Forschungszwecke wichtig seien, darunter beispielsweise die vertikale Verknüpfung von Unternehmensstatistiken (zum Beispiel Umsatzsteuerstatistik und Statistik über die Personengesellschaften) oder die Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsdaten mit Daten aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Frau Prof. Dwenger von der Universität Hohenheim berichtete von ihrem Forschungsprojekt, bei dem Wirkungen von Reformen beim Rentenbezug für Frauen auf deren Arbeitsangebot im Erwerbsleben untersucht werden sollten. Hierzu sei das Heiratsdatum eine entscheidende Information. Amtliche Daten aus Deutschland dürften nach geltender Rechtslage jedoch nicht genutzt werden, sodass auf schwedische Daten zurückgegriffen werden müsse. Aufgrund abweichender sozialer Normen in Schweden würde dies erwartungsgemäß jedoch zu Ergebnissen führen, die nicht ohne weiteres auf die deutsche Gesellschaft übertragen werden könnten.

Mit einer ähnlichen Problematik sieht sich Frau Prof. Grumpert von der Universität Tübingen bei ihrem durch den European Research Council geförderten Forschungsprojekt zu Verlagerungen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen ins Ausland konfrontiert. So genanntes Offshoring wirke sich auch auf den heimischen Arbeitsmarkt aus. Befürchtungen, dass dies zu einem Rückgang der Beschäftigung in Deutschland führe, hätten sich in der Vergangenheit allerdings nicht immer als berechtigt erwiesen. Neue Daten, die im Auftrag des BMWK beim StBA erstellt wurden, bestätigten dies. Allerdings



verschöben sich mit einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland Wertschöpfungsstrukturen im Inland und damit wahrscheinlich auch Qualifikationsstrukturen der Arbeitsnachfrage. Um die Auswirkungen von Offshoring auf die Beschäftigungsstrukturen zu untersuchen, würden Informationen über Beschäftigte benötigt. Diese liegen beim IAB vor und könnten technisch mit den Außenhandelsdaten beim StBA verknüpft werden. Allerdings ist die benötigte Verknüpfung nach geltender Rechtslage derzeit nicht möglich. Daher müsse die Frage mit norwegischen Daten untersucht werden, wo aber aufgrund der abweichenden Außenhandelsstruktur andere Ergebnisse erwartet würden, die ebenfalls nicht ohne weiteres auf die deutsche Wirtschaft übertragbar seien.

Zudem präsentierte Frau Gumpert eine Liste von fünf weiteren Forschungsprojekten, die allesamt ebenfalls an der Verknüpfung von Daten scheiterten. Die Projekte würden daher teilweise mit portugiesischen Daten sowie mit Daten aus der Schweiz durchgeführt.

WIE KANN FORSCHUNGS- UND STATISTIKFREUNDLICHER DATENZUGANG GEREGLT WERDEN?

Herr Prof. Fitzenberger, Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), erläuterte, dass das IAB seit langem aufgrund der Regelungen der Sozialgesetzbücher (insbesondere §75, SGB X) Daten erfolgreich verknüpfe und daraus vielfältige Datenprodukte generiere, die der Forschung angeboten würden. Auf der Grundlage dieser Daten würde einerseits viel erfolgreiche Forschung durchgeführt und andererseits erfolgreich evidenzbasierte Politikberatung betrieben. Daher seien die Regelungen des SGB X teilweise als vorbildhaft anzusehen. Zusätzlich bestehe die Verknüpfungsmöglichkeit von Verwaltungsdaten mit Umfragedaten, wenn eine Zustimmung der Befragten vorliege. Allerdings seien Analysen auf die Arbeitsmarkt-, Berufs- und Sozialpolitikforschung eingengt und es fehlten Verknüpfungsmöglichkeiten mit anderen Rechtskreisen. Dies führe dazu, dass Lebensverlaufsdaten, die Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktergebnisse verknüpfen, in Deutschland rar seien. Zudem seien Verknüpfungen mit Daten anderer Datenproduzenten (z. B. Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Deutsche Rentenversicherung) oft rechtlich nicht durchführbar. Weiter gebe es nur wenige Verwaltungsdaten, die den Haushaltszusammenhang erfassen, und fast keine Verwaltungsdaten, die verschiedene Generationen verknüpfen. Aufgrund fehlender Verknüpfungsmöglichkeiten entstünden beispielsweise massive Defizite in der Mindestlohnforschung, beim Übergang von der Schule zum Beruf und in Bezug auf die Kindergrundsicherung. Schließlich stelle das Erfordernis der Einwilligung der Befragten zu der Verknüpfung von Um-

fragedaten und Verwaltungsdaten für bestimmte wichtige Forschungsfragen ein großes Hindernis dar, da Nicht Einwilligung zu Verzerrung in Forschungsergebnissen führen könne.

Frau Prof. Specht-Riemenschneider, Vorsitzende der Forschungsstelle Datenrecht, argumentierte, dass nicht das Datenschutzrecht die Datenverarbeitung und damit auch die Datenverknüpfung zu Forschungszwecken behindere, sondern das vergleichsweise restriktiv gestaltete Bundesstatistikgesetz (BStatG). Das BStatG könne im Einklang mit Art. 2 I, 1 I Grundgesetz und Art. 7 und 8 Grundrechtecharta der Europäischen Union forschungsfreundlicher ausgestaltet werden, wenn zugleich technische Sicherungsmechanismen die Verhältnismäßigkeit der Normen sicherstellten. Insbesondere könnten nach ihrer Auffassung die Paragraphen 5 Anordnung von Bundesstatistiken, 5a Nutzung von Verwaltungsdaten, 7 Erhebung für besondere Zwecke und 13a Zusammenführung von Daten des BStatG forschungsfreundlicher ausgestaltet werden. Die Zusammenführung von Daten zu statistischen Zwecken, aber auch von nicht zu statistischen Zwecken erhobenen Daten ließe sich auf Grundlage von Art. 6 Abs. 4 DSGVO in Verbindung mit einer entsprechenden nationalen Regelung realisieren. Eine technische Sicherung sollte über Datentreuhandmodelle und über das sog. „5 safes framework“ (safe projects, safe people, safe data, safe settings, safe outputs) gewährleistet werden.

ABSCHLUSSDISKUSSION

In der abschließenden Diskussion wurde über notwendige und geplante Änderungen am Bundesstatistikgesetz im Zuge des Forschungsdatengesetzes gesprochen. Es wurde betont, dass außer dem BStatG weitere Gesetze in den Blick genommen werden müssten. Darüber hinaus wurde auch aus dem Kreis der anwesenden Ressorts auf die Notwendigkeit bereichsübergreifender Verknüpfungen von Daten wie beispielsweise von Gesundheitsdaten und Sozialdaten für Forschungszwecke hingewiesen. Kritische Argumente zu einer besseren Verknüpfbarkeit von Daten etwa im Rahmen des anstehenden Forschungsdatengesetzes wurden nicht vorgebracht. Weitere Themen waren die Zersplitterung der Datenschutzaufsicht durch Bundeslandzuständigkeiten und die Frage, ob es bei der Verknüpfung von Daten eines eindeutigen Identifikators bedürfe. —

KONTAKT & MEHR ZUM THEMA

Referat: IC3 – Wachstum, Demografie, Statistik
schlaglichter@bmwk.bund.de

Termine

APRIL 2024

05.04.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im Februar
08.04.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im Februar
11./12.04.2024	Eurogruppe/ECOFIN (Luxemburg)
11./12.04.2024	Informelles EU-Ministertreffen Telekommunikation/Digitales (Louvain-la-nueve)
12.04.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im April“
15./16.04.2024	Informelles EU-Ministertreffen Energie (Brüssel)

MAI 2024

07.05.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im März
08.05.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im März
13./14.05.2024	Eurogruppe / ECOFIN
14.05.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im April“
21.05.2024	Telekommunikations- und Digitalrat (Brüssel)
23.05.2024	Rat für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Forschung und Raumfahrt (Brüssel)
24.05.2024	Rat für Wettbewerbsfähigkeit, Teil Binnenmarkt und Industrie (Brüssel)
30.05.2024	Energierat (Brüssel)
30.05.2024	Handelsministerrat (Brüssel)

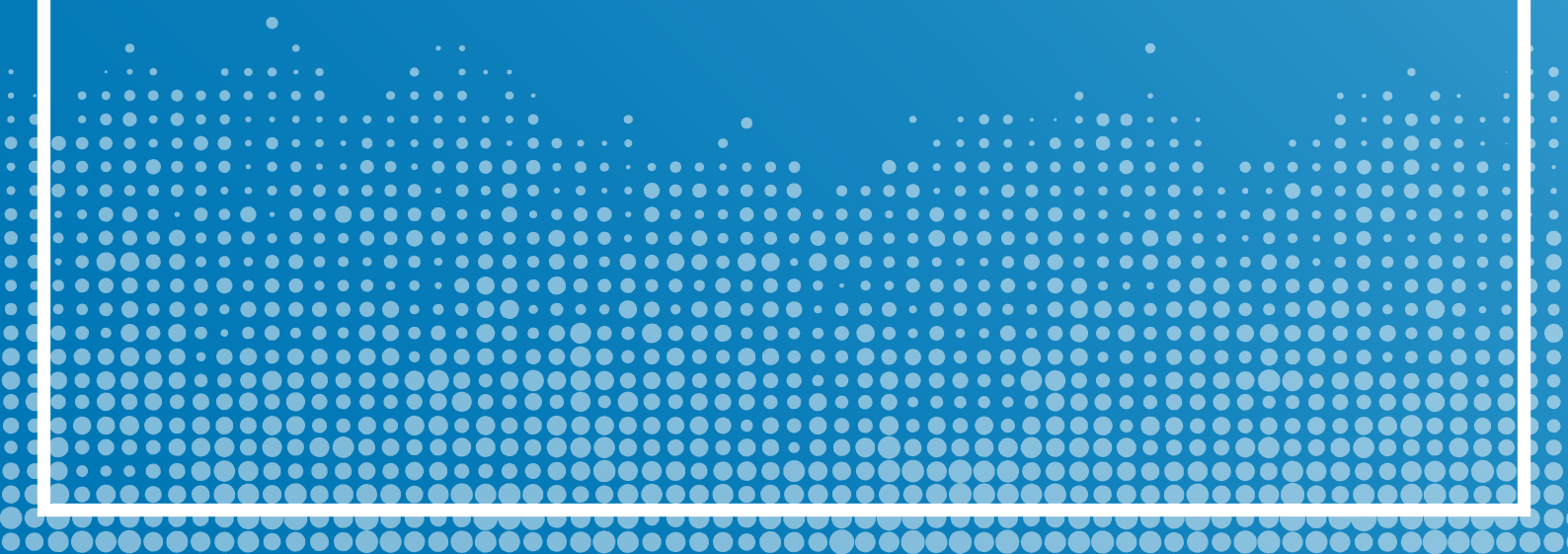
JUNI 2024

06.06.2024	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe im April
07.06.2024	Produktion im Produzierenden Gewerbe im April
13.06.2024	Pressemitteilung „Wirtschaftliche Lage im Juni“
17.06.2024	Umwelt-/Klimarat (Luxemburg)
17.06.2024	Informelles Treffen des Europäischen Rates (Brüssel)
20./21.06.2024	Eurogruppe/ECOFIN
27./28.06.2024	Europäischer Rat (Brüssel)

K



KONJUNKTUR



DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE

in Deutschland im März 2024¹

IN KÜRZE

Trotz positiver Tendenzen bei der Industrieproduktion, im Bau und im Außenhandel zu Jahresbeginn 2024 ist eine spürbare konjunkturelle Erholung derzeit noch nicht in Sicht. Dagegen sprechen die nach wie vor schwache Binnennachfrage, die gestiegenen Finanzierungskosten sowie die noch gedämpfte Stimmung bei privaten Haushalten und Unternehmen. Die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihren jüngsten Prognosen von einem erneuten Rückgang des BIP im ersten Quartal 2024 aus.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe stieg nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Januar gegenüber dem Vormonat um 1,0%. Das markiert den ersten spürbaren Anstieg seit elf Monaten. Sowohl Industrie als auch Baugewerbe erhöhten ihren Ausstoß (+1,1% beziehungsweise +2,7%). Der Bereich Energie hingegen meldete ein deutliches Minus (-3,7%). Bei den Auftragseingängen kam es im Januar gegenüber dem Vormonat erwartungsgemäß zu einem Rücksetzer (-11,3%). Im Dezember hatte es infolge von Großaufträgen einen Anstieg um 12% gegeben. Im weniger schwankungsanfälligen Zweimonatsvergleich lagen die Bestellungen um 5,9% im Plus. Ohne Berücksichtigung von Großaufträgen gingen sie um 2,1% zurück.

Die realen Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im Januar gegenüber dem Vormonat um 0,4% gefallen, nachdem sie bereits in den vorangegangenen zwei Monaten rückläufig waren. Im Vergleich zum Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im Januar ein reales Umsatzminus von 1,5%. Insgesamt bewegen sich die Frühindikatoren überwiegend seitwärts und dies auch nur auf sehr niedrigem Niveau.

Die Inflationsrate belief sich im Februar auf 2,5%, das ist der niedrigste Wert seit Juni 2021. Im Januar lag die Rate bei 2,9%. Damit ist die Inflation seit März 2023 im Trend rückläufig. Nahrungsmittel verzeichneten mit 0,9% die niedrigste Teuerung gegenüber dem Vorjahresmonat seit Dezember 2020. Bisher war die Preissteigerung hier seit Kriegsausbruch stets überproportional ausgefallen. Die Verbraucherpreise für Energie lagen im Februar trotz der im Januar 2024 weggefallenen Energieprelsbremsen und der CO₂-Preis-Erhöhung um 2,4% niedriger als im Vorjahresmonat.

Der Arbeitsmarkt erweist sich angesichts der konjunkturellen Schwächephase weiterhin insgesamt als robust, entwickelte sich aber nach wie vor zwiespältig: Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Februar zwar leicht um 11.000 Personen, die Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stiegen im Januar beziehungsweise Dezember dennoch auch merklich. Die Frühindikatoren trübten sich etwas ein, die Arbeitsnachfrage liegt aber weiter auf hohem Niveau.

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist nach endgültigen Ergebnissen im Dezember 2023 gegenüber dem Vormonat um 2,4% auf 1.550 gestiegen. Im Gesamtjahr 2023 lag die Zuwachsrate gegenüber 2022 bei 22,1%. Der Frühindikator IWH-Insolvenztrend weist für Februar 2024 einen Anstieg der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften gegenüber dem Vormonat Januar um 10,8% auf 1.193 aus. Dabei handele es sich laut IWH um den höchsten Wert seit Beginn der IWH-Datenerhebung im Jahr 2016. Für die kommenden Monate erwartet das IWH weiter steigende Insolvenzzahlen.

KONJUNKTURELLE FRÜHJAHRSERHOLUNG VERZÖGERT SICH

Nach dem schwachen Jahresendquartal ist auch zu Jahresbeginn 2024 keine spürbare konjunkturelle Belebung der deutschen Wirtschaft erkennbar. Zwar haben die Industrieproduktion und – infolge der günstigen Witterung – der Bau zu Jahresbeginn positiv tendiert. Auch der deutsche Warenhandel, insbesondere der Export, startete mit deutlichen Zuwächsen in das neue Jahr. Diese Entwicklungen stellen aber zum Teil eine Gegenbewegung zu den deutlichen Rückgängen zum Jahresende 2023 dar.

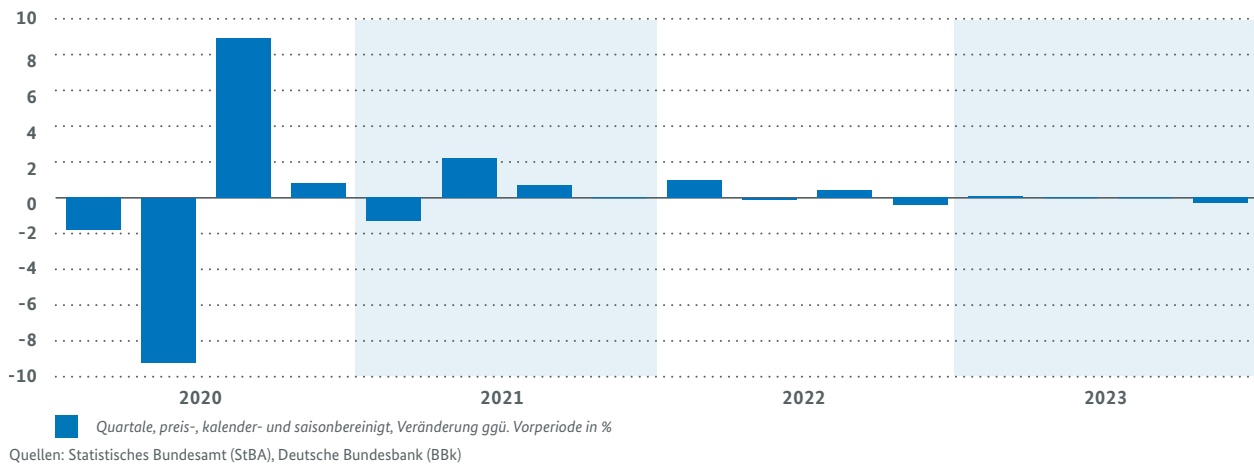
Gleichzeitig waren die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe – ohne Berücksichtigung der hohen monatlichen Schwankungen durch Großaufträge – im Januar in der Tendenz weiter abwärtsgerichtet und auch die Einzelhandelsumsätze entwickelten sich zu Jahresbeginn erneut rückläufig. Stimmungsbasierte Frühindikatoren zeigen aktuell noch keine nachhaltige Trendumkehr an: Die Stimmung in den Unternehmen hat sich laut ifo Geschäftsklima im Februar zwar leicht aufgehellt. Dabei bewerten die Unternehmen den Ausblick auf die kommenden Monate positiver, die Beurteilung der Lage verharrt aber weiter auf niedrigem Niveau. Vor dem Hintergrund verlängerter Lieferzeiten infolge der Angriffe auf Schiffe im Roten Meer und des Streiks bei der Bahn haben laut ifo Institut auch die Materialengpässe wieder etwas zugenommen.

Bei der Stimmung der privaten Haushalte in Deutschland, abgebildet im GfK-Konsumklima und dem HDE-Konsumbarometer, deutet sich zuletzt eine Bodenbildung an. Allerdings bleibt die Anschaffungsneigung trotz der gestiegenen Einkommenserwartungen auf einem niedrigen Niveau, während die Sparneigung den höchsten Stand seit Juni 2008 erreicht.

Angesichts der insgesamt noch schwachen Indikatorenlage und der weiter hohen Unsicherheit der privaten Haushalte sowie der Unternehmerinnen und Unternehmer gehen die meisten Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren jüngsten Konjunkturprognosen für das erste Quartal 2024 von einem erneuten, leichten Rück-



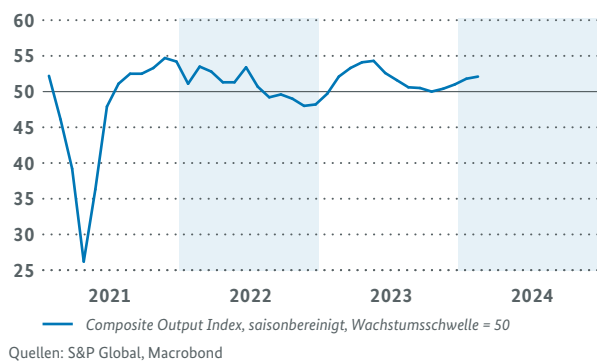
¹ In diesem Bericht werden Daten genutzt, die bis zum 15. März 2024 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

BRUTTOINLANDSPRODUKT

gang des Bruttoinlandsprodukts aus. Erst im weiteren Jahresverlauf ist im Zuge weiter rückläufiger Inflationsraten, steigender Löhne und Einkommen, einer anhaltend stabilen Arbeitsmarktentwicklung und zunehmender Impulse von der Außenwirtschaft mit einer spürbaren konjunkturellen Belebung zu rechnen.

WELTWEITE NACHFRAGE SCHEINT SICH ZU NORMALISIEREN

Im Dezember nahm die weltweite Industrieproduktion gegenüber dem Vormonat um 0,5 % zu, im Vorjahresvergleich lag sie damit um 2,5 % im Plus. Die weltweite Industriekonjunktur, die sich infolge der erhöhten Unsicherheit durch geopolitische Konflikte, der nachwirkenden Zinserhöhungen und der auslaufenden pandemiebedingten Stützungsmaßnahmen im vergangenen Jahr schwach entwickelte, scheint sich damit langsam zu stabilisieren. Auch

EINKAUFSMANAGERINDEX WELT S&P GLOBAL

die Einkaufsmanagerindizes in wichtigen Handelspartnerländern Deutschlands haben sich etwas aufgehellt, z. B. in den USA und im Euroraum. Sie signalisieren aber vielerorts noch keine nachhaltige konjunkturelle Belebung. Der Stimmung Indikator von S&P Global hat im Februar seinen Aufwärtstrend fortgesetzt und liegt nun mit 52,1 Punkten über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Dabei verbesserte sich die Stimmung im Verarbeitenden Gewerbe (von 50,0 auf 50,3 Punkte) und auch die Dienstleister blicken etwas optimistischer in die Zukunft (+0,1 Punkte auf 52,4 Punkte). Die Normalisierung der globalen Nachfrage scheint damit weiter voranzuschreiten.

Der Welthandel nahm im Dezember um 1,0 % gegenüber dem Vormonat zu, nachdem es im November zu einer Unterbrechung des Aufwärtstrends gekommen war. Aktuelle Frühindikatoren weisen auf eine weitere Stabilisierung des globalen Handels hin. Der RWI/ISL-Containerumschlag-Index ist im Januar (saisonbereinigt) von 125,7 auf 126,5 Punkte gestiegen, was allerdings ausschließlich auf chinesische Häfen zurückzuführen war, wo der Index durch das chinesische Neujahrsfest verzerrt ist. In allen anderen Weltregionen zeigte sich ein Rückgang, so auch beim Nordrange-Index für europäische Häfen. Dieser sank von 101,5 auf 99,4 Punkte, was vor allem auf die Angriffe im Roten Meer zurückzuführen sein dürfte, weil viele Frachtschiffe den Umweg um Afrika fahren.

Im weiteren Jahresverlauf ist mit einer Erholung des Welt Handels zu rechnen. Nach Abschluss der Lagerkorrekturen und einer Normalisierung der Nachfrage, die sich nach der Pandemie von Gütern hin zu (weniger handelsintensiven) Dienstleistungen verschoben hatte, dürfte der Welthandel wieder mit ähnlichen Raten wie die Wertschöpfung zunehmen.

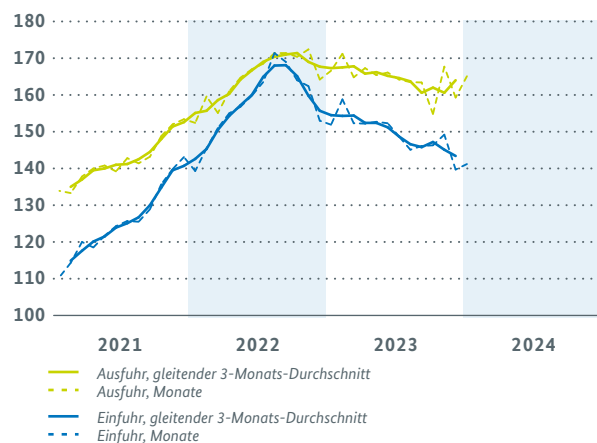


LICHTBLICKE BEIM AUSSENHANDEL, ABER NOCH KEINE TRENDWENDE

Im Januar sind die nominalen Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen – nach einem Rücksetzer im Dezember – gegenüber dem Vormonat saison- und kalenderbereinigt wieder deutlich gestiegen (+3,7%, Dezember: -5,0%). Der Zuwachs bei den Güterexporten ging vor allem auf den Handel mit EU-Ländern zurück (+8,9%), aber auch in die Staaten außerhalb der EU wurde mehr exportiert (+3,1%). Auch die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen nahmen nach dem spürbaren Rückgang im Dezem-

EIN- UND AUSFUHREN (WAREN & DIENSTLEISTUNGEN)

in Milliarden Euro, kalender- und saisonbereinigt



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik Deutsche Bundesbank (BBk)

AUSSENHANDEL*

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
WARENHANDEL UND DIENSTLEISTUNGEN (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung ggü. Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
AUSFUHR	-1,5	-1,9	8,4	-5,0	3,7
EINFUHR	-3,8	-1,0	2,0	-6,3	1,1
AUSSENHANDEL MIT WAREN NACH LÄNDERN (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung ggü. Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
AUSFUHR	-4,7	-5,0	-3,2	-9,1	1,5
Eurozone	-5,7	-5,9	-2,7	-10,8	-0,5
EU Nicht-Eurozone	-3,6	-5,0	-2,6	-8,1	6,2
Drittländer	-4,2	-4,3	-3,7	-8,0	1,7
EINFUHR	-15,5	-13,3	-11,4	-15,2	-7,5
Eurozone	-10,3	-9,1	-4,9	-12,8	-0,6
EU Nicht-Eurozone	0,1	-3,4	-1,1	-7,1	7,9
Drittländer	-23,3	-19,1	-18,7	-19,3	-16,8

* Angaben in jeweiligen Preisen

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

ber wieder etwas zu (+1,1%, Dezember: -6,3%). Diese Erholung war vom Güterhandel mit EU-Staaten getragen, wo die Importe um 10,8% im Vergleich zum Vormonat zunahmen. Im Handel mit Drittstaaten gingen sie um 4,5% zurück. Der monatliche Handelsbilanzüberschuss ist infolge der stärkeren Zunahme der Ausfuhren gegenüber den Einfuhren saisonbereinigt von 19,6 Milliarden Euro im Dezember auf 23,9 Milliarden Euro im Januar gestiegen.

Aktuelle Frühindikatoren senden vorsichtig positive Signale für eine Stabilisierung des Außenhandels. Die ifo Exporterwartungen haben sich im Februar leicht aufgehellt (von -8,5 Punkte auf -7,0). Während sich die Exporterwartungen in der Elektrobranche verbesserten, blieben sie bei den gewichtigen Kfz-Herstellern gedämpft; im Maschinenbau sanken sie sogar auf den niedrigsten Wert seit Juni 2020. Bei den Auftragseingängen aus dem Ausland deutet sich – bei hohen Schwankungen – eine Bodenbildung an; sie lagen trotz des kräftigen Rückgangs im Januar gegenüber dem Vormonat (-11,4%) im weniger volatilen Dreimonatsvergleich mit 2,2% im Plus. Aus dem Euroraum gingen von November bis Januar gegenüber August bis Oktober 2023 sogar 9,7% mehr Bestellungen ein.

Nach einem Rücksetzer beim deutschen Außenhandel im Dezember weisen die Zuwächse bei Aus- und Einfuhren im Januar in eine positive Richtung. Die zuletzt vorsichtig positiven Signale von den Frühindikatoren stützen die Erwartung der Jahresprojektion einer moderaten Erholung der Exporte im weiteren Jahresverlauf. Risiken bestehen aber weiterhin aufgrund anhaltender geopolitischer Spannungen und einer wirtschaftlichen Abkühlung in wichtigen Handelspartnerländern wie China.

PRODUKTION STARTET MIT PLUS IN DAS JAHR 2024

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe wurde im Januar preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,0% gegenüber dem Vormonat ausgeweitet. Damit wird der erste spürbare Anstieg seit elf Monaten verzeichnet. Die Industrie erhöhte mit einem Plus von 1,1% zum ersten Mal seit Mai 2023 ihren Ausstoß. Im Baugewerbe waren vor dem – auch witterungsbedingten – Anstieg um 2,7% drei Monate lang Rückgänge zu verzeichnen. Demgegenüber verringerte sich die Energieproduktion um 3,7% nach einem aufwärtsgerichteten Schlussquartal 2023.

Die Wirtschaftszweige innerhalb der Industrie entwickelten sich sehr unterschiedlich: Maßgebliche Produktionsausweitungen waren in den Bereichen Chemische Erzeugnisse (+4,7%), Nahrungs- und Futtermittel (+5,9%) sowie bei Produzenten von elektrischer Ausrüstung (+1,0%) und Maschinenbauern (+0,7%) zu

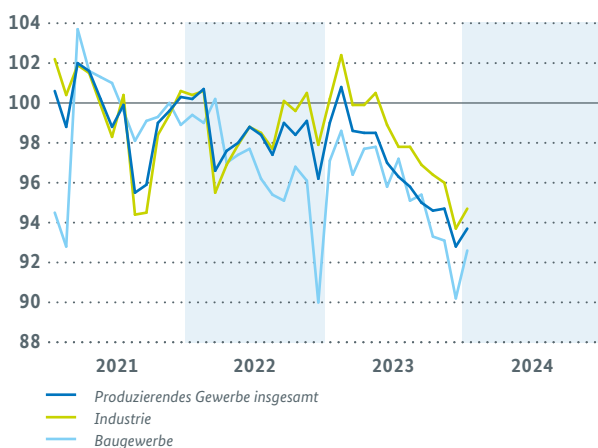


verzeichnen. Dagegen wurde der Ausstoß im gewichtigen Bereich Kfz und Kfz-Teile deutlich heruntergefahren (-7,6%). Auch die Produktion von Metallenerzeugnissen (-1,6%) und pharmazeutischen Erzeugnissen (-0,6%) wurde gedrosselt.

Die Auftragseingänge sind im Januar gegenüber dem Vormonat preis-, kalender- und saisonbereinigt deutlich zurückgegangen (-11,3%), nachdem sie im Dezember kräftig zugelegt hatten (+12,0%). Sowohl im Inland (-11,2%) als

PRODUKTION IM PRODUZIERENDEN GEWERBE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN

Volumenindex (2021= 100, saisonbereinigt)



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

INDUSTRIE

Veränderung ggü. Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
PRODUKTION					
Insgesamt	-2,3	-2,2	-0,4	-2,4	1,1
Vorleistungsgüter	-1,3	-3,3	-0,3	-5,0	4,4
Investitionsgüter	-3,1	-1,0	-0,6	-1,3	-2,1
Konsumgüter	-2,0	-3,4	-0,3	-0,4	4,0
UMSÄTZE					
Insgesamt	-1,5	-1,0	-0,4	1,3	-2,0
Inland	-1,2	-1,9	0,3	0,2	-1,0
Ausland	-1,7	-0,2	-1,0	2,3	-2,8
AUFTRAGSEINGÄNGE					
Insgesamt	-4,4	1,9	0,6	12,0	-11,3
Inland	-7,6	2,9	0,2	9,9	-11,2
Ausland	-2,2	1,2	0,9	13,3	-11,4
Vorleistungsgüter	-1,8	2,2	-1,9	9,1	-9,3
Investitionsgüter	-6,7	1,9	2,1	15,5	-13,1
Konsumgüter	-0,2	0,1	2,6	-1,5	-5,7

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

auch aus dem Ausland (-11,4%) waren Orderrückgänge zu verzeichnen. Aus dem Euroraum kam es nach einem durch Großaufträge bedingten überdurchschnittlichen Plus im Dezember (+34,3%) zu einer Gegenbewegung (-25,7%); ohne Großaufträge ergab sich ein Minus von 2,1% (Dezember: +0,9%). Die Nachfrage aus den übrigen Ländern expandierte mit 1,6% leicht.

Der Rückgang der Auftragseingänge zum Jahresbeginn erstreckte sich dabei über die Mehrzahl der Einzelbereiche des Verarbeitenden Gewerbes: Besonders deutlich waren diese bei elektrischen Ausrüstungen (-33,2%), Metallenerzeugnissen (-14,5%) und pharmazeutischen Erzeugnissen (-9,4%). Aber auch die gewichtigen Wirtschaftszweige Maschinenbau (-4,7%) und chemische Erzeugnisse (-0,3%) lagen im Minus. Orderzuwächse konnten dagegen im Bereich Kfz/Kfz-Teile (+4,2%) – vor allem infolge von Bestellungen aus dem Nicht-Euroraum – verbucht werden.

Frühindikatoren wie der LKW-Maut-Index und auch Stimmungsindikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex oder der Einkaufsmanagerindex (EMI) deuten eine allmähliche Bodenbildung, aber noch keine spürbare Belebung bei der Industriekonjunktur an.

EINZELHANDEL MIT ENTÄUSCHENDEM JAHRESAUFTAKT

Die realen Umsätze im Einzelhandel ohne Kfz sind im Januar gegenüber dem Vormonat um 0,4% gesunken, nachdem sie bereits in den vorangegangenen zwei Monaten rückläufig waren. Im Vergleich zum Vorjahresmonat meldete der Einzelhandel im Januar ein reales Umsatzminus von 1,5% (Dezember: -0,7%). Positiv entwickelte sich der Handel mit Lebensmitteln mit einem Zuwachs zum Vormonat um real 1,3% (-0,2% gegenüber dem Vorjahr). Der Umsatz im Internet- und Versandhandel erhöhte sich im Januar um 1,9% (-3,2% gegenüber dem Vorjahr).

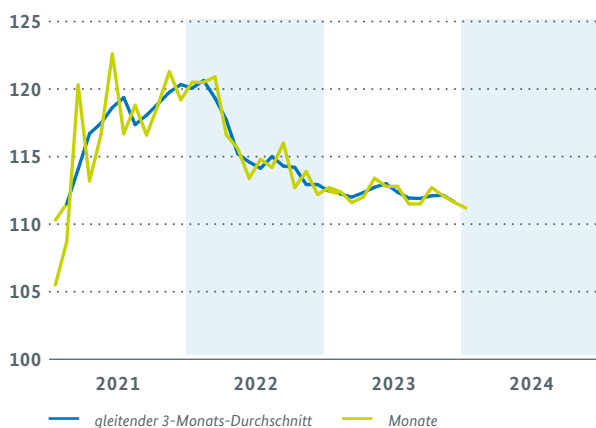
Bei den PKW-Neuzulassungen durch Privatpersonen ergab sich im Februar im Vormonatsvergleich ein Plus von 2,3% (Januar: -17,0%). Neuzulassungen von Pkw insgesamt sind im Februar um 5,4% und in der aussagekräftigeren Zweimonats-Betrachtung um 3,6% gesunken.

Frühindikatoren für die Entwicklung des privaten Konsums geben aktuell ein eher verhaltenes Bild: Laut Prognose der GfK wird das Konsumklima im März geringfügig auf -29,0 Zähler steigen, nachdem es im Februar den schlechtesten Wert seit März 2023 (-30,6 Punkte) aufwies. Dabei steht einer sprunghaft gestiegenen Einkommenserwartung eine anhaltend hohe Sparneigung gegenüber. Für Februar wurden -29,6 Punkten angegeben (-4,2 Punkte ggü. Vm). Das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel (inkl. Kfz) ist im Februar um -1,0



INZELHANDELSUMSATZ OHNE HANDEL MIT KFZ

Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt



Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Punkte auf den niedrigsten Wert seit November 2022 gefallen und verharrt weiter im deutlich negativen Bereich (-27,6 Punkte). Die Beurteilung der aktuellen Lage hat sich zum dritten Mal in Folge verschlechtert, während die Erwartungen leicht anzogen.

Insgesamt bewegen sich die Frühindikatoren überwiegend seitwärts und dies auch nur auf sehr niedrigem Niveau. Eine Trendwende im Einzelhandel ist angesichts der negativen Stimmungslage noch nicht in Sicht. Bei steigenden Löhnen, rückläufigen Inflationsraten und einer robusten Arbeitsmarktsituation dürfte aber mit einer Erholung des privaten Konsums im weiteren Verlauf des Jahres zu rechnen sein.

INFLATIONSRATE GEHT WEITER DEUTLICH ZURÜCK

Die Inflationsrate (Preisniveauanstieg binnen Jahresfrist) wies im Februar mit 2,5 % den niedrigsten Wert seit Juni 2021 auf. Die Kernrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) verharrte bei 3,4 %. Nahrungsmittel verbuchten mit 0,9 % die niedrigste Teuerung gegenüber dem Vorjahresmonat seit Dezember 2020. Bisher war deren Preissteigerung seit Kriegsausbruch stets überproportional ausgefallen (Januar: +3,8 %). Die Energiepreise sind gegenüber dem Vorjahresmonat erneut gesunken, zuletzt um 2,4 % (Januar: -2,8 %). Im Bereich der Dienstleistungen blieb der Preisauftrieb mit +3,4 % unverändert.

Auch auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen ist eine weiter nachlassende Preisdynamik zu beobachten. Die Erzeugerpreise sind im Januar 2024 um 4,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken. Im Dezember hatte die Rate bei -5,1 % gelegen. Ausschlaggebend waren die Preisrückgänge bei Energie. Im Vergleich zum Vormonat nahmen die Er-

zeugerpreise im Januar geringfügig um 10,2 % zu. Die Einfuhrpreise lagen im Dezember um 8,5 % deutlich unter dem Vorjahresmonat (-1,1 % gegenüber dem Vormonat). Die Verkaufspreise im Großhandel sind im Februar im Jahresvergleich um 3,0 % gefallen. Gegenüber dem Vormonat verringerten sie sich leicht (-0,1 %).

An den Spotmärkten entwickelten sich zuletzt die Preise für Erdgas wieder rückläufig. Aktuell liegt der TTF Base Load mit rund 25 Euro/MWh knapp 50 % unter dem Niveau des Vorjahres. Gegenüber dem Vormonat ist ein Rückgang von 3,4 % zu verzeichnen. Die Markterwartungen deuten darauf hin, dass die Erdgaspreise in den kommenden Quartalen um die 30 Euro/MWh bleiben werden.

Vor diesem Hintergrund dürften die inflationsdämpfenden Faktoren in Form rückläufiger Preise auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen, gesunkener Energiepreise, der geldpolitischen Straffung der EZB, angemessener Tarifabschlüsse sowie einer Normalisierung der Gewinnmargen der Unternehmen im weiteren Jahresverlauf bestehen bleiben.

VERBRAUCHERPREISINDEX

Veränderung in %	ggü. Vormonat		ggü. Vorjahresmonat	
	Jan.	Feb.	Jan.	Feb.
<i>Insgesamt</i>	0,2	0,4	2,9	2,5
<i>Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)</i>	0,0	0,5	3,4	3,4
<i>Nahrungsmittel</i>	0,8	-0,5	3,8	0,9
<i>Wohnung, Betriebskosten</i>	0,7	0,1	1,1	1,1
<i>Gesundheitspflege</i>	1,2	0,5	2,8	3,0
<i>Verkehr</i>	-1,0	0,9	1,1	1,6
<i>Nachrichtenübermittlung</i>	-0,1	0,0	0,5	0,6
<i>Freizeit, Unterhaltung, Kultur</i>	-1,9	1,3	2,7	2,7
<i>Bildungswesen</i>	1,9	0,1	4,7	4,5
<i>Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.</i>	1,9	0,6	6,3	6,2
<i>Energie</i>	1,2	0,5	-2,8	-2,4
<i>Kraftstoffe</i>	1,0	1,8	-2,0	-0,4
<i>Dienstleistungen</i>	0,2	0,6	3,4	3,4
<i>Insgesamt (saisonbereinigt)</i>	0,4	0,2	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

Der Arbeitsmarkt zeigt sich angesichts der konjunkturellen Schwächephase weiterhin insgesamt robust: Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich im Februar saisonbereinigt (sb) um 11.000 Personen. Damit setzte sich der Trend der letzten Monate fort. Geflüchtete wirken sich hier nicht mehr aus. Die Erwerbstätigkeit legte im Januar kräftig zu (sb um +54.000 Personen). Die



ARBEITSMARKT

ARBEITSLÖSE (SGB II und III)

	3.Q.	4.Q.	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,647	2,617	2,637	2,805	2,814
ggü. Vorjahr in 1.000	146	173	183	189	194
ggü. Vorperiode in 1.000*	46	58	5	1	11
Arbeitslosenquote	5,7	5,7	5,7	6,1	6,1

ERWERBSTÄTIGE (Inland)

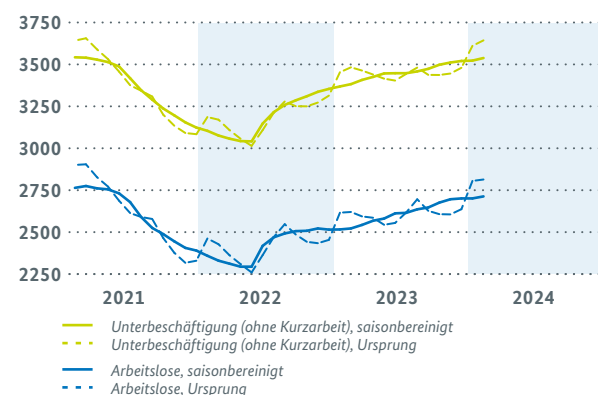
	3.Q.	4.Q.	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	46,0	46,2	46,2	46,1	45,8
ggü. Vorjahr in 1.000	307	215	220	207	235
ggü. Vorperiode in 1.000*	-3	35	30	28	54

SOZIALVERSICHERUNGSPFLICHTIG BESCHÄFTIGTE

	3.Q.	4.Q.	Okt.	Nov.	Dez.
in Mio. (Ursprungszahlen)	34,8	35,1	35,1	35,1	34,9
ggü. Vorjahr in 1.000	230	223	225	232	214
ggü. Vorperiode in 1.000*	32	55	31	17	19

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), Statistisches Bundesamt (StBA), Deutsche Bundesbank (BBk)

ARBEITSLOSIGKEIT UND
UNTERBESCHÄFTIGUNG (in 1.000)

Quellen: Bundesagentur für Arbeit (BA), IAB, Deutsche Bundesbank (BBk)

sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg im Dezember um 19.000 Personen (sb). Die konjunkturelle Kurzarbeit lag im Dezember weiterhin bei rund 180.000 Personen. Frühindikatoren entwickelten sich im Februar schwächer. So hat die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen laut ifo Beschäftigungsbarometer erneut abgenommen. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer dagegen stagnierte: Etwas bessere Aussichten zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit hielten sich mit etwas schwächeren Aussichten hinsichtlich der Beschäftigung die Waage.

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldeten Stellen ging im Februar merklich zurück. Angesichts

des Fachkräftemangels könnte dies aber auch auf mangelnde Vermittlungsaussichten seitens der Unternehmen zurückzuführen sein. Dass die Arbeitsnachfrage nach wie vor hoch ist, zeigt die jüngste Veröffentlichung der IAB-Stellenerhebung: Sie weist für das vierte Quartal 2023 weiterhin eine Zahl von rund 1,7 Millionen offenen Stellen aus. Insgesamt entwickelt sich der Arbeitsmarkt weiterhin zweiseitig: Arbeitgeber halten ihre Beschäftigten, daher ist das Risiko, arbeitslos zu werden, gering. Gleichzeitig wird es für Arbeitssuchende schwerer, eine Stelle aufzunehmen. Eine Erholung ist erst im Zuge einer konjunkturellen Belebung im weiteren Jahresverlauf zu erwarten.

UNTERNEHMENSINSOLVENZEN STEIGEN WEITER

Im Dezember 2023 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vormonat um 2,4% (Vorjahresmonat: +11,5%) auf 1.550 angestiegen. Von Januar bis Dezember 2023 wurden insgesamt 17.814 Insolvenzen gezählt, das waren 22,1% mehr als im Gesamtjahr 2022. Gleichzeitig liegt der Wert des Jahres 2023 noch 10,6% unter dem Mittelwert des Vor-Corona-Niveaus 2016–2019. Im Monatsvergleich nähern sich die Zahlen über das Jahr hinweg jedoch weiter an – und lagen im Dezember 2023 erstmals leicht über dem entsprechenden Monatsmittelwert 2016–2019. Insgesamt setzt sich der seit Mitte 2022 zu beobachtende Anstieg der Unternehmensinsolvenzen fort, hierzu tragen vor allem Nachholeffekte der Corona-Pandemie sowie das für viele Unternehmen schwierige wirtschaftliche Umfeld bei.

Der Frühindikator IWH-Insolvenztrend weist für Februar 2024 einen erkennbaren Anstieg der



Unternehmensinsolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften um 10,8 % gegenüber dem Vormonat Januar auf 1.193 Fälle aus. Dabei handele es sich laut IWH um den höchsten Wert seit Beginn der IWH-Datenerhebung im Jahr 2016. Dieser liegt rund 42 % über dem Vorjahresmonat und rund 2 % über dem Februar-Durchschnitt der Jahre 2016–2019. Die Zahl der betroffenen Beschäftigten (größte 10 % der Unternehmen) ging nach IWH-Daten im Vergleich zum Januar etwas zurück, liegt aber dennoch knapp 90 % höher als der Februar-Mittelwert der Jahre 2016–2019. Für die kommenden Monate erwartet das IWH weiter steigende Insolvenzzahlen, gleichzeitig sei dies kein Ausdruck einer „dramatischen Insolvenzwelle“ wie in der ersten Hälfte der 2000er Jahre, als die Zahl bei bis zu 2.000 pro Monat lag.

BIP NOWCAST FÜR DAS ERSTE QUARTAL 2024

IN KÜRZE

Der Nowcast für die saison- und kalenderbereinigte Veränderungsrate des BIP beträgt -0,2 % für das erste Quartal 2024 (Stand 13. März).¹

Das Prognosemodell des Nowcast schätzt für das erste Quartal 2024 aktuell einen preis-, saison- und kalenderbereinigten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorquartal um 0,2 %. Der Nowcast liefert eine täglich aktualisierte, rein technische, zeitreihenanalytische Prognose der Wirtschaftsleistung unabhängig von der Einschätzung der Bundesregierung und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Erste Ergebnisse zur wirtschaftlichen Entwicklung im ersten Quartal 2024 werden vom Statistischen Bundesamt am 30. April 2024 veröffentlicht („Schnellmeldung“).

Die Abbildung veranschaulicht die Entwicklung des Nowcast seit Oktober 2023. Bei erstmaliger Berechnung lag der Nowcast bei +0,1 %. Anschließend bewegte er sich zunächst seitwärts. Negative Einflüsse wie enttäuschende ifo Umfrageergebnisse zum Verarbeitenden Gewerbe und Handel wurden dabei durch positive Nachrichten aus den Nachbarländern sowie robuste Beschäftigungsdaten ausgeglichen. Ab Ende November stieg der Nowcast auf +0,2 %, getrieben insbesondere durch günstigere Signale vom ifo Geschäftsklima, von PMI/HCOB Einkaufsmanagerindizes und infolge positiver Meldungen aus der Industrie im Euroraum (Italien, Frankreich). Mitte Dezember drehte der Nowcast mit einem Schätzwert von -0,1 % in den negativen Bereich; neben den dämpfenden Auswirkungen der Einkaufsmanagerindizes für Dienstleistungen und Industrie im Dezember zogen schwache Daten zu Produktion und Bau in Frankreich den Nowcast nach unten.

Zum Jahreswechsel stieg der Schätzwert wieder auf +0,1 %. Für die Aufwärtsrevision waren die gemeldeten Arbeits-

marktdaten die treibende Kraft. Nach einem Zwischenhoch von +0,3 % im Zuge verbesserter Stimmungsindikatoren in Frankreich (Unternehmen) und Deutschland (Konsum) im Berichtsmontat Dezember führte die Eintrübung des Geschäftsklimas in Deutschland zu Jahresbeginn zusammen mit einer Verschlechterung des Konsumentenvertrauens im Euroraum zu einer deutlichen Abwärtsrevision auf -0,2 % Mitte Januar. Zur anschließenden erneuten Aufwärtsbewegung des Nowcast Anfang Februar auf +0,1 % trugen vor allem positive Impulse vom Einkaufsmanagerindex im Verarbeitenden Gewerbe in Italien sowie von Arbeitsmarktdaten aus Deutschland bei. Negative Einflüsse wie enttäuschende Außenhandels- und Produktionszahlen für den Berichtsmontat Dezember sowie gedämpfte ZEW-Konjunkturerwartungen und ifo Umfrageergebnisse zum Jahresbeginn 2024 verringerten den Nowcast fortlaufend bis Ende Februar auf -0,2 %. Die nachfolgende Aufwärtsbewegung auf -0,1 % Anfang März wurde durch positive Entwicklungen des Geschäftsklimas im Euroraum, der Umsätze im Großhandel und in der Industrie in Frankreich und Italien sowie von positiven Arbeitsmarktdaten aus Deutschland vorangetrieben. Rückläufige Auftragseingänge und Industrieumsätze für den Berichtsmontat Januar verursachten schließlich ein erneutes Absinken des Nowcast auf -0,2 %.

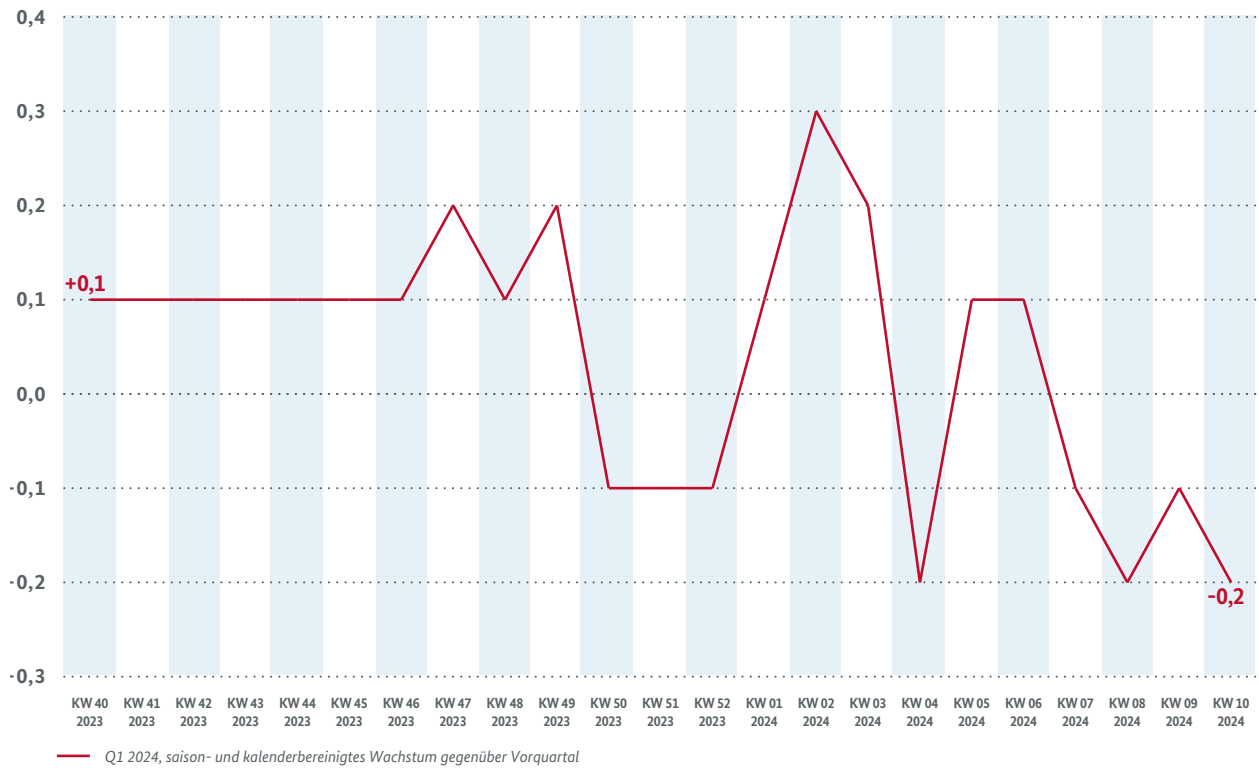


DAS MODELL

Das Modell zur Prognose des deutschen Bruttoinlandsprodukts wird von Now-Casting Economics Ltd. betrieben. Der hier veröffentlichte Nowcast ist eine rein technische, modellbasierte Prognose. Die Schätzungen sind mit einer hohen statistischen Unsicherheit behaftet, die mit Modellprognosen immer einhergeht. Es handelt sich bei dem Nowcast weder um die Prognose des BMWK noch um die offizielle Projektion der Bundesregierung.

¹ Für nähere Erläuterungen zur Methode, den verwendeten Daten und der Interpretation des Modells siehe Senftleben und Strohsal (2019): „Nowcasting: Ein Echtzeit-Indikator für die Konjunkturanalyse“, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Juli 2019, Seite 12-15, und Andreini, Hasenzagl, Reichlin, Senftleben und Strohsal (2020) „Nowcasting German GDP“, CEPR DP14323.

ENTWICKLUNG DES BIP NOWCAST FÜR DAS 1. QUARTAL 2024 IN %



Quelle: Now-Casting Economics Ltd.

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IM VIERTEN QUARTAL 2023

IN KÜRZE

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland ist im vierten Quartal 2023 gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,3 % gesunken.

Bei rückläufiger Inflation konnten sich die privaten Konsumausgaben geringfügig erholen. Auch die staatlichen Konsumausgaben sind wieder etwas gestiegen. Die Anlageinvestitionen gingen hingegen deutlich zurück. Auch die Im- und Exporte waren rückläufig.

Die Bruttowertschöpfung insgesamt nahm um 0,4 % ab, insbesondere im Baugewerbe und dem Verarbeitenden Gewerbe ging die Produktion zurück.

Nach dem Rückgang im vierten Quartal spricht die aktuelle Indikatorenlage auch im ersten Quartal nur für eine schwache Entwicklung.

Das Statistische Bundesamt hat am 23. Februar 2024 detaillierte Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 4. Quartal 2023 veröffentlicht. Im Ergebnis hat sich die preis-, kalender- und saisonbereinigte Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal um 0,3 % verringert, nachdem sie im zweiten und dritten Quartal unverändert geblieben (0,0 %) und im ersten Quartal leicht gestiegen war (+0,1%). Damit bestätigte das Amt seine Schnellschätzung vom 30. Januar. Für das gesamte Jahr 2023 ergaben die Berechnungen einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,3 % verglichen zum Vorjahr.

BRUTTOWERTSCHÖPFUNG IN DEN MEISTEN BEREICHEN SCHWACH

Insgesamt verringerte sich die Bruttowertschöpfung im vierten Quartal 2023 gegenüber dem Vorquartal preis-, saison- und kalenderbereinigt



ECKWERTE DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

	Veränderung ggü. Vorjahr	saison- und kalenderbereinigte Entwicklung ¹				
		4. Qu. 23	4. Qu. 22	1. Qu. 23	2. Qu. 23	3. Qu. 23
	in %	Veränderung ggü. Vorquartal in %				
Verwendung des BIP (real)						
Private Konsumausgaben ²	-1,6	-1,1	-0,6	0,2	0,0	0,2
Konsumausgaben des Staates	-0,6	-0,1	-1,4	-0,2	1,1	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,7	-0,9	1,0	0,0	0,1	-1,9
Ausrüstungen	1,5	-1,5	1,9	0,8	1,4	-3,5
Bauten	-2,1	-1,2	1,5	-0,5	-0,8	-1,7
Sonstige Anlagen	-0,6	0,8	-1,6	0,0	0,3	0,7
Vorratsveränderung ^{3 4}	x	0,1	-0,5	0,5	-0,6	-0,1
Inländische Verwendung	-1,7	-0,7	-0,9	0,6	-0,4	-0,3
Exporte	-3,7	-1,1	-0,2	-0,9	-0,7	-1,6
Importe	-5,9	-1,8	-2,2	0,1	-1,5	-1,7
Außenbeitrag ⁴	x	0,3	1,0	-0,5	0,4	0,0
Bruttoinlandsprodukt (real)	-0,7	-0,4	0,1	0,0	0,0	-0,3
Preisentwicklung						
Deflator der Privaten Konsumausgaben ²	6,0	1,9	2,0	1,3	0,8	0,3
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	6,7	2,6	2,2	0,9	0,9	2,3
	absolut	Veränderung ggü. Vorquartal				
Erwerbstätige (Inland) in Tsd.	216	120	118	77	-7	28

Stand: 23.02.2024

1 Kalender- und Saisonbereinigung des Statistischen Bundesamtes (Verfahren: X13 JDemetra+); 2 Einschließlich Private Organisationen ohne Erwerbszweck; 3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen; 4 Absolute Veränderung der Vorräte und des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP)

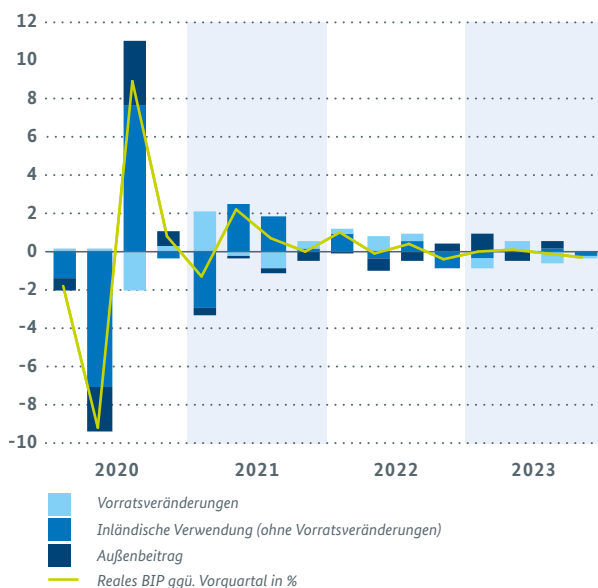
Quelle: Statistisches Bundesamt (StBA)

um 0,4 %. Dabei nahm die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe um 0,2 % ab, die gewichtigen Dienstleistungen um 0,3 %.

Innerhalb des Produzierenden Gewerbes gab es deutliche Rückgänge im Baugewerbe (-2,6 %) und im Verarbeitenden Gewerbe (-1,4 %). Zwar konnte die Produktion von Kraftwagen und Kraftwagenteilen zulegen, viele andere Branchen wie der Maschinenbau, die Herstellung elektrischer Ausrüstungen, von metallischen sowie chemischen Erzeugnissen verzeichneten jedoch Einbußen. Weil die Bruttowertschöpfung im Bereich der Energie- und Wasserversorgung mit +8,6 % kräftig zulegte, fiel der Rückgang im Produzierenden Gewerbe insgesamt entsprechend geringer aus. Der Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe ging um 0,9 % zurück. Die Unternehmensdienstleister und der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit verzeichneten hingegen leichte Anstiege.

WACHSTUM DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS

(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



INVESTITIONEN DEUTLICH RÜCKLÄUFIG, PRIVATER UND ÖFFENTLICHER KONSUM STABILISIERTEN SICH

Auf der Verwendungsseite konnten sich die privaten Konsumausgaben bei sinkenden Inflationsraten mit einem Anstieg um real 0,2 % gegenüber dem Vorquartal wieder leicht

erholen. Auch die Konsumausgaben des Staates nahmen gegenüber dem Vorquartal leicht zu (+0,3 %).

Wachstumsdämpfende Impulse kamen hingegen von den Investitionen. Insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen gingen mit 3,5% kräftig zurück. Dies ist als Folge der vorangegangenen Vorzieheffekte bei gewerblichen Zulassungen elektrischer Kfz angesichts des Auslaufens der Umweltprämie zum 31. August zu sehen. Bei den Bauinvestitionen kam neben dem zins- und kostenbedingten Nachfrageeinbruch auch eine ungünstige Witterung zum Jahresende hinzu, so dass sich ein Minus von 1,7 % ergab.

Der Außenhandel wurde von dem labilen weltwirtschaftlichen Umfeld infolge der geopolitischen Spannungen und der Wachstumsschwäche bei wichtigen deutschen Handelspartnern, vor allem in Europa, belastet. Sowohl die Exporte als auch die Importe gingen infolge der verhaltenen Weltkonjunktur und schwacher Binnennachfrage zurück (um -1,6 % beziehungsweise -1,7 %). Dadurch kam vom Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag der Exporte abzüglich der Importe) rechnerisch kein Impuls.

ZAHL DER ERWERBSTÄTIGEN WEITER GESTIEGEN

Ungeachtet der konjunkturellen Abschwächung zum Jahresende hat sich der Arbeitsmarkt weiter sehr robust entwickelt und die Zahl der Erwerbstätigen nahm weiter zu. Die Wirtschaftsleistung wurde im vierten Quartal 2023 von rund 46,2 Millionen Erwerbstätigen erbracht. Das waren 216 000 Personen oder 0,5 % mehr als ein Jahr zuvor und stellt einen neuen Höchststand dar.

Die durchschnittlichen geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen gingen gegenüber dem Vorjahresquartal nach vorläufigen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) um 0,5 % zurück. Neben einem Kalendereffekt (ein Arbeitstag weniger als vor einem Jahr) trug dazu auch ein deutlich erhöhter Krankenstand zum Jahresende bei. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen (Produkt aus gesteigerter Erwerbstätigenzahl und geleisteten Stunden je erwerbstätiger Person) blieb im gleichen Zeitraum unverändert (0,0 %).

Die nominalen Arbeitnehmerentgelte sind den aktuellen Berechnungen zufolge um 6,0 % gestiegen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen erhöhten sich mit 2,5 % weniger stark. Dadurch stieg das Volkseinkommen binnen Jahresfrist um 5,1 %. Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer verzeichneten erneut einen kräftigen Zuwachs um 5,7 % gegenüber dem Vorjahr. Da sich auch die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



erhöhte, stiegen die Bruttolöhne und -gehälter insgesamt mit 6,3 % noch etwas kräftiger. Durch Zahlungen von steuer- und abgabenfreien Inflationsausgleichsprämien fiel das Plus bei den Nettolöhnen und -gehältern je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer noch deutlicher aus.

Die Zuwachsrates der nominalen privaten Konsumausgaben betrug 3,8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Das nominale verfügbare Einkommen stieg demgegenüber erneut etwas kräftiger (+4,4 %). Daraus resultiert ein Anstieg der Sparquote auf nunmehr 10,9 %.

KONJUNKTURELLE ERHOLUNG ERST IM WEITEREN JAHRESVERLAUF ZU ERWARTEN

Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten detaillierten Ergebnisse zeigen, dass sich die deutsche Wirtschaft am Jahresende 2023 immer noch in schwierigem Fahrwasser befand. Nach einer Stagnation im zweiten und dritten Quartal war die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal merklich rückläufig. Vor allem die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten verringerten sich deutlich.

Erfreulich ist, dass sich der Arbeitsmarkt weiterhin sehr robust entwickelt und sich die Zahl der Erwerbstätigen weiter erhöht hat. Sie lag am Jahresende deutlich über 46 Millionen Personen. Auch die Einkommen der Haushalte sind wegen steigender Tarifabschlüsse, der Zahlung von Inflationsausgleichsprämien sowie steuerlichen Entlastungen weiter kräftig gestiegen. Frühindikatoren wie das ifo Geschäftsklima oder das Konsumentenklimate haben sich stabilisiert, aber noch nicht nachhaltig aufgehellt. Vor dem Hintergrund der sich verbessernden Einkommenssituation der privaten Haushalte ist aber im weiteren Jahresverlauf mit einer binnenwirtschaftlich getragenen konjunkturellen Erholung zu rechnen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwk.de

Stand

März 2024

Diese Publikation wird ausschließlich als Download angeboten.

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

Titel, S. 03, 07: Freepik/nuraghies
S. 02: BMWK/Dominik Butzmann
S. 08: iStock/ Blue Planet Studio
S. 11: iStock/ metamorworks
S. 12: iStock/Lukasz Tucholski
S. 14: iStock/Rocco-Herrmann
S. 19: iStock/gremlin
S. 20: iStock/NicoElNino
S. 21: iStock/AleksandarNakic

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwk.de

Zentraler Bestellservice

Telefon: 030 18272-2721
Bestellfax: 030 181027227-21

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.